

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates
am Montag, den 14.02.2022 um 14:30 Uhr
Digitale Sitzung über WebEx

Gesetzliche Mitgliederanzahl	45
Anwesend sind	43

Und zwar

Vorsitzender

Herr Markus Zwick

Beigeordnete

Herr Denis Clauer

Herr Michael Maas

Mitglieder

Herr Jürgen Bachert

Herr Florian Bilic

Herr Tapani Braun

Frau Edeltraut Buser-Hussong

Herr Dieter Clauer

Herr Maurice Croissant

Herr Wolfgang Deny

Herr Dr. Florian Dreifus

Frau Ulla Eder

Herr Frank Eschrich

Frau Stefanie Eyrisch

Frau Katja Faroß-Göller

Herr Frank Fremgen

Herr Jürgen Hartmann

Herr Thomas Heil

Herr Wolfgang Hendrichs

Herr Gerhard Hussong

Frau Heidi Kiefer

Herr Florian Kircher

Herr Hartmut Kling

Frau Helga Knerr

Frau Susanne Krekeler

Frau Brigitte Linse

Frau Gabriele Mangold

Herr Dr. Bernhard Matheis

Herr Jürgen Meier

Herr Ralf Müller

Frau Uschi Riehmer

Herr Philipp Scheidel

Frau Sabine Schunk
Herr Bernd Schwarz
Herr Tobias Semmet
Frau Annette Sheriff
Herr Berthold Stegner
Herr Jürgen Stilgenbauer
Herr Sebastian Tilly
Herr Manfred Vogel
Herr Ferdinand L. Weber
Herr Erich Weiß
Herr Bastian Welker
Herr Steven Wink
Herr Heinrich Wölfling

Protokollführung

Frau Anne Vieth

von der Verwaltung

Herr Jörg Bauer
Frau Iris Brandt
Herr Jörg Groß
Herr André Jankwitz
Herr Robin Juretic
Herr Kai Kiefer
Frau Annette Legleitner
Herr Jörg Metzger-Jung
Herr Oliver Minakaran
Herr Andreas Mühlbauer
Herr Leo Noll
Herr Michael Noll
Frau Daniela Rinder
Herr Gustav Rothhaar
Herr Rolf Schlicher
Herr Mark Schlick
Herr Karsten Schreiner
Herr Constantin Weidlich
Herr Maximilian Zwick

Zur Sitzung hinzugezogen

Frau Ruth Gilberger
Frau Begoña Hermann

Frau Theresa Herzog
Frau Vicky Richter

Herr Ralph Stegner
Frau Claudia Thümler

Montag Stiftung (TOP 1)
Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier
(TOP 2)
Montag Stiftung (TOP 1)
Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier
(TOP 2)
Bauhilfe Pirmasens GmbH
Montag Stiftung (TOP 1)

Abwesend:

Mitglieder

Frau Brigitte Freihold
Frau Regina Zipf

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 14.30 Uhr.

Er stellt die form- und fristgerechte Ladung der Stadtratsmitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest.

Der Vorsitzende erläutert den Verhaltenscodex. Der Stadtrat beschließt einstimmig den vorgestellten Verhaltenscodex.

Sodann erläutert er die rechtlichen Voraussetzungen für eine digitale Sitzung. Zum einen sei Voraussetzung, dass eine Notsituation festgestellt werde. Für die heutige Stadtratssitzung wird festgestellt, dass die derzeitige Corona-Pandemie eine außergewöhnliche Notsituation im Sinne des § 35 Abs. 3 GemO darstellt, die eine Beschlussfassung außerhalb der Präsenzsitzung – mittels Videokonferenz – erfordert. Zum anderen sei eine 2/3-Zustimmung zur Durchführung der digitalen Sitzung notwendig. Des Weiteren sei eine namentliche Abstimmung erforderlich, da dies technisch nur in dieser Weise möglich sei.

Sodann bittet der Vorsitzende über die namentliche Abstimmung sowie über die Zustimmung, dass Beschlüsse laut Tagesordnungen im digitalen Verfahren mittels Videositzung gefasst werden, abzustimmen.

Der Stadtrat beschließt dies einstimmig.

Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung gibt es nicht.

Der Stadtrat beschließt einstimmig die folgende

Tagesordnung:

1. Ausbau der Hauptstraße zwischen Sandstraße und Pfarrgasse
 - 1.1. Montag Stiftungen - Vorstellung des Projekts zur Verwendung des Straßenbelags
 - 1.2. Zustimmung zum Gestaltungsentwurf als Grundlage zur Stellung des Antrages auf Städtebauförderung
2. Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Anlagen
 - 2.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplan
 - 2.2. Forstwirtschaftsplan 2022
 - 2.3. Wirtschaftsplan des Abwasserbeseitigungsbetriebs mit Finanzplan und Investitionsprogramm
 - 2.4. Wirtschaftsplan des Wirtschafts- und Servicebetriebs (WSP); Teilbereich Abfallentsorgung mit Finanzplan und Investitionsprogramm

- 2.5. Wirtschaftsplan des Wirtschafts- und Servicebetriebs (WSP), ohne Teilbereich Abfallentsorgung mit Finanzplan
3. Einführung Schulsozialarbeit an Gymnasien
4. Feststellung von Kostenvoranschlägen
 - 4.1. Ausbau der Glasbergstraße und der Darmstädter Straße
 - 4.2. Ausbau „Strobelallee zwischen Luisenstraße und Gefäller Weg“
 - 4.3. Umsetzung Paket 6 des Kanalsanierungskonzeptes (Horeb)
 - 4.4. Neufeststellung des Kostenvoranschlages für den barrierefreien Umbau von Bushaltestellen 2021/22
5. Auftragsvergaben
 - 5.1. Barrierefreier Umbau von Bushaltestellen 2021/22
 - 5.2. 72 Generalsanierung Landgraf-Ludwig-Realschule plus
- Los 19.4 - Schreinerarbeiten
6. Vollzug der Baugesetzbuchs (BauGB);
Bebauungsplan WZ 130 „Gewerbegebiet Kirchenweg – Erweiterung 1“
 1. Beschluss über die Ergebnisse der Beteiligung der Öffentlichkeit gem.
§ 3 Abs. 2 BauGB
 2. Beschluss über die Ergebnisse der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB
 3. Feststellung der Ergebnisse der Beteiligung der Nachbargemeinden gem.
§ 2 Abs. 2 BauGB
 4. Feststellung der Ergebnisse der Beteiligung der Naturschutzverbände gem.
§ 18 i.V.m. § 63 BNatSchG
 5. Beschluss der Satzung über die Aufhebung von Wirtschaftswegen in der Gemarkung Winzeln gem. § 58 Abs. 4 FlurbG
 6. Beschluss des Bebauungsplans WZ 130 „Gewerbegebiet Kirchenweg – Erweiterung 1“
gem. § 10 Abs. 1 BauGB (Satzungsbeschluss)
7. Nahverkehrsgesetz Rheinland-Pfalz - Neue Verbandsordnung Zweckverband öffentlicher Personennahverkehr Rheinland-Pfalz Süd
8. Vollzug des § 88 Abs. 1 GemO; Weisung an den Vertreter der Stadt Pirmasens in der Gesellschafterversammlung der
 - 8.1. Bauhilfe Pirmasens GmbH
 - 8.1.1. Wirtschaftsplan 2022
 - 8.1.2. Kreditermächtigung 2022
 - 8.2. Zweckverband Abfallverwertung Südwestpfalz; Auflösung des Zweckverbands
9. Unterrichtung des Stadtrates über Verträge der Stadt Pirmasens mit Rats- und Ausschussmitgliedern sowie städtischen Bediensteten nach § 33 Abs. 2 GemO
10. Nachwahlen
 - 10.1. Nachwahl für den Hauptausschuss und den Werkausschuss des Wirtschafts- und Servicebetriebs (WSP)
 - 10.2. Nachwahl für den Kulturausschuss
 - 10.3. Nachwahl für die Aufsichtsräte der "Der Rheinberger" Besitzgesellschaft mbH & Co. KG und "Der Rheinberger" Verwaltungs GmbH
 - 10.4. Nachwahl für das Verleihungspräsidium für den Hugo-Ball-Preis der Stadt Pirmasens
11. Beantwortung von Anfragen, Informationen, Anfragen der Ratsmitglieder

Vor Eintritt in die Tagesordnung bittet der Vorsitzende um eine Schweigeminute für die am 31. Januar 2022 in Kusel getöteten Polizisten Yasmin Bux und Alexander Klos.

Nach der Schweigeminute teilt der Vorsitzende mit, Herr Stefan Sefrin habe zum 31.01.2022 sein Mandat im Stadtrat niedergelegt. Gemäß dem Wahlergebnis der Kommunalwahl im Mai 2019 zieht Herr Wolfgang Hendrichs als Ersatzmitglied in den Stadtrat ein. Er verpflichtet Ratsmitglied Hendrichs auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Pflichten.

Ratsmitglied Weber teilt mit, wie bereits in der Hauptausschusssitzung am 17.01.2022, möchte er sich bei allen Stadtratsmitgliedern für sein Verhalten in der Stadtratssitzung am 13.12.2021 entschuldigen. In den vergangenen 2 ½ Jahren hätte der Stadtrat gut zusammen gearbeitet. Er hoffe deshalb auf eine weitere gute Zusammenarbeit.

Ratsmitglied Hussong zeigt auf, unter den Teilnehmern seien alle Namen aufgeführt, auch die der Zuschauer. Dadurch könnten diese nicht von der Verwaltung oder den Ratsmitgliedern unterscheiden werden.

Der Vorsitzende zeigt auf, er und der Sitzungsdienst hätten ein Auge darauf, dass nur Stadtratsmitglieder an den Abstimmungen teilnehmen würden.

Ratsmitglied Hussong fragt weiter an, ob die Zuschauer ebenfalls am Chat teilnehmen könnten.

Der Vorsitzende zeigt auf, der Chat solle ausschließlich durch die Stadtratsmitglieder und die Mitarbeiter der Verwaltung genutzt werden.

Sodann leitet der Vorsitzende über zum Tagesordnungspunkt 1.

zu 1 Ausbau der Hauptstraße zwischen Sandstraße und Pfarrgasse

Der Vorsitzende teilt mit, in der heutigen Sitzung solle, wie bereits in der vorherigen Hauptausschusssitzung, über die weiteren Schritte in der Fußgängerzone gesprochen werden. Genauer ginge es um die Neugestaltung der "Unteren Hauptstraße" zwischen Lutherkirche und Sandstraße.

Hintergrund hierzu sei, dass die Innenstädte in Deutschland vor einem Wandel stünden. So sei dies in Pirmasens auch der Fall. Die Rahmenbedingungen sowie die Ansprüche an die Innenstädte hätten sich verändert. Die Innenstädte müssten "neu gedacht" und "zukunftsfest" gemacht werden. Dieser Aufgabe wolle sich die Stadtverwaltung gemeinsam mit dem Stadtrat stellen. Diese Transformation sei aber nicht nur eine Herausforderung, sondern vor allem auch eine große Chance für Pirmasens.

In den vergangenen Wochen und Monaten seien Gespräche mit den Fraktionen, Bürgern und Experten geführt und ein Vorschlag erarbeitet worden.

Dieser habe großen Anklang bei den Eigentümern, Anwohnern, Geschäftsleuten und Bürgern gefunden. In der heutigen Sitzung solle über den Gestaltungsentwurf abgestimmt werden.

zu 1.1 Montag Stiftungen - Vorstellung des Projekts zur Verwendung des Straßenbelags

Der Vorsitzende begrüßt die Vertreterinnen der "Montag Stiftung". Diese möchten sich bei dem Thema mit einem besonderen Projekt befassen, denn mit der Sanierung der Unteren Hauptstraße würde auch ein Austausch des Straßenbelags erfolgen.

Die bisherige und wunderschöne Gestaltung der Fußgängerzone sei aber auch mit Emotionen und Erinnerungen verbunden. Hier möchte die Stiftung ansetzen und gemeinsam mit den Bürgern das Material, insbesondere die weißen Granit-Steine, künstlerisch bewahren.

Sodann stellen Frau Gilberger, Frau Thümmler und Frau Herzog anhand einer Präsentation (siehe Anlage 1 zur Niederschrift) das Projektvorhaben der Montag Stiftung Kunst und Gesellschaft in Pirmasens 2022 vor.

Der Vorsitzende fragt an, ob dieses Vorhaben finanziell abgesichert sei und die Montag Stiftung ausschließlich die Unterstützung des Stadtrates und Verwaltung benötige.

Frau Gilberger teilt mit, dieses Projekt sei komplett finanziert. Jedoch benötige die Montag Stiftung die Unterstützung der Verwaltung, des Stadtrates sowie der Bürger von Pirmasens.

Ratsmitglied Eyrisch bedankt sich für das vorgestellte Projekt. Gut sei, dass die Bürger aktiv beteiligt würden.

Ratsmitglied Tilly zeigt auf, die Bürger könnten sich bei diesem Projekt beteiligen. Auch positiv sei, dass für dieses Projekt ein Laden in der Fußgängerzone gemietet würde und somit ein Leerstand wegfallen würde. Jedoch fragt er an, ob die Miete hierfür von der Stadt getragen werden müsste oder ob auch diese durch die Montag Stiftung übernommen würde.

Frau Gilberger teilt mit, auch die Miete würde von der Montag Stiftung übernommen.

Ratsmitglied Schwarz erklärt, er sei Kanzler an der Kunstakademie Karlsruhe und fragt an, mit welchen Hochschulen die Montag Stiftung zusammenarbeiten würde und wie die Studenten an solchen Projekten teilnehmen könnten.

Frau Gilberger zeigt auf, die Hochschule Karlsruhe sei noch nicht angeschrieben worden, dies würden sie jedoch nun nachholen. Zum Beispiel arbeite die Montag Stiftung mit den Hochschulen Saar, Bonn, Berlin und vielen weiteren zusammen. Die Hochschulen würden angeschrieben und die Studenten könnten sich dann für die Projekte bewerben.

Der Stadtrat nimmt sodann zustimmend Kenntnis.

zu 1.2 Zustimmung zum Gestaltungsentwurf als Grundlage zur Stellung des Antrages auf Städtebauförderung
Vorlage: 1390/II/66.2/2022

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit Ladung übersandte Beschlussvorlage des Tiefbauamtes vom 21.01.2022.

Herr Jankwitz stellt anhand einer Präsentation (siehe Anlage 2 zur Niederschrift) den Gestaltungsentwurf vor.

Ratsmitglied Eyrisch lobt die gesamte Arbeitsgruppe. Positiv sei, dass das Thema Wasser sowie das Dynamikum mit in das Konzept aufgenommen worden sei.

Ratsmitglied Deny fragt an, ob Robinien in der Fußgängerzone gepflanzt werden sollen. Er weist daraufhin, dass diese giftig seien.

Herr Jankwitz zeigt auf, zum jetzigen Zeitpunkt seien Robinien in der Fußgängerzone vorhanden. Zukünftig sollen hier andere Bäume gepflanzt werden.

Ratsmitglied Eschrich teilt mit, die Öffnung der Fußgängerzone für den Verkehr sei ein Rückschritt, denn andere Kommunen würden ihre Fußgängerzonen für den Verkehr schließen. Dadurch würde ebenfalls der Pkw-Verkehr gefördert.

Ratsmitglied Kircher führt aus, er sei nicht immer der gleichen Meinung wie das Garten- und Friedhofsamt. In diesem Fall stimme er diesem jedoch zu. Daher stimme die Stadtratsfraktion DIE LINKE-PARTEI getrennt voneinander ab.

Sodann beschließt der Stadtrat bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung, mehrheitlich:

1. Die Finanzierung der Hauptstraße erfolgt im Rahmen des Straßenausbauprogramms 2021 - 2025 für die Abrechnungseinheit „Stadtgebiet im Übrigen“. Die Abrechnung erfolgt über wiederkehrende Beiträge für Verkehrsanlagen und wird über die Maßnahmennummer 5416080068 abgerechnet. Im Haushaltsplan sind 1.1 Mio € für die Baumaßnahme eingestellt.
2. Zusätzlich wird der Ausbau über das Programm „lebendige Zentren“ im Rahmen der Städtebauförderung bezuschusst.
3. Dem vorliegenden Gestaltungsentwurf wird zugestimmt. Auf der Grundlage dieses Entwurfes sollen die weiteren Planungsleistungen veranlasst werden und der Antrag auf Städtebauförderung gestellt werden.

zu 2 Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Anlagen **Vorlage: 1377/II/20/2022**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Finanzen vom 07.01.2022.

Der Vorsitzende verliest die Haushaltsrede:

“Sehr geehrte Damen und Herren,

der Haushaltsplanentwurf der Verwaltung wurde am 13.12.2021 mit einem Doppelhaushalt für die Jahre 2022 und 2023 eingebracht und in zwei Sitzungen des Hauptausschusses sowie im Schulträger-, Kultur-, Jugendhilfe- und Sportausschuss ausführlich beraten.

In einer gemeinsamen Sitzung aller Ortsbeiräte am 20.01.2022 wurde über die Haushaltssatzung und die jeweiligen Ansätze des Haushaltsplans informiert.

Die Haushaltssatzung mit Plan und allen Anlagen war in der Zeit vom 10.01. – 24.01.2022 zur Einsichtnahme durch die Einwohner verfügbar. Es sind keine Vorschläge bei der Verwaltung eingegangen.

Heute lege ich Ihnen alternativ noch einen Einzelhaushalt für das Jahr 2022 zur Beschlussfassung vor. Lassen Sie mich dazu bitte vorab einige kurze Erläuterungen abgeben:

Unsere Kommunalaufsicht, die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier, ist nach der letzten Beratung des Haushalts im Hauptausschuss erneut auf uns zugekommen und hat mitgeteilt, dass angesichts des hohen Fehlbetrags nicht mit einer Genehmigung des Haushalts gerechnet werden kann, wenn nicht weitere Konsolidierungsanstrengungen seitens der Stadt erkennbar sind. Sie erwarte für das Jahr 2022 eine Erhöhung der Grundsteuer auf mindestens 510 Punkte. Ohne diese Erhöhung sehe sich die ADD nicht in der Lage, den Haushalt 2022 zu genehmigen.

Gleichzeitig wurde uns signalisiert, dass der Haushalt für das Jahr 2023 ebenfalls beanstandet werden muss. Wie bereits bekannt ist, sei das Land aufgrund des Urteils des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz derzeit in der Pflicht, einen neuen Kommunalen Finanzausgleich (KFA) aufzustellen. Bis zum 01.01.2023 muss das Landesfinanzausgleichsgesetz (LFAG) dahingehend geändert sein und die Kommunen sollen ihren Aufgaben entsprechend mit Zuweisungen des Landes ausgestattet werden.

Momentan sind jedoch die genauen Grundlagen des neuen KFA noch nicht bekannt, es existieren lediglich unklare Berechnungsmodelle. Ein Haushalt für das Jahr 2023 würde derzeit nach Auffassung der ADD nicht den Grundsätzen von Haushaltswahrheit und Klarheit entsprechen und sei daher nicht genehmigungsfähig. Aus diesem Grund müsse das Jahr 2023 des Doppelhaushaltes grundsätzlich beanstandet werden und könne generell nicht genehmigt werden.

Mit diesen Informationen von der Kommunalaufsicht hätte ich es für unseriös gehalten, Ihnen heute nur einen Doppelhaushalt zur Beschlussfassung vorzulegen. Ich habe Ihnen bereits in den Haushaltsberatungen erläutert, dass wir bezüglich des Haushaltsjahres 2023 viele Unsicherheiten haben, weil uns die konkreten Ausgestaltungen des neuen Landesfinanzausgleichsgesetzes noch nicht vorliegen. Wir hatten vor, so wie ich es auch kommuniziert hatte, umgehend mit einem Nachtrag zu reagieren, sobald uns die Zuweisungen des Landes aus dem KFA bekannt sind.

Aufgrund dieser Vorgeschichte habe ich mich deshalb entschlossen, Ihnen heute neben dem Doppelhaushalt als Beschlussalternative einen Haushalt ausschließlich für das Jahr 2022 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Frau Hermann, die Vizepräsidentin der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier, und Frau Richter, die zuständige Referentin, die ich beide vorhin bereits zu unserer Sitzung begrüßt habe, haben sich freundlicherweise die Zeit genommen, heute dieses schwierige Thema gemeinsam im Stadtrat zu erörtern.

Sehr geehrte Frau Hermann, sehr geehrte Frau Richter, nochmals herzlichen Dank, dass Sie sich zur Stadtratssitzung zugeschaltet haben.

Mir ist bewusst, dass es für Sie keine angenehme Aufgabe ist, Ihre Position vor dem Stadtrat zu vertreten. Denn wie ich Ihnen bereits mitgeteilt habe, vertreten ich, die Stadtspitze und nach meiner Einschätzung auch die Mitglieder des Stadtrats eine andere Meinung als Sie.

Ich schlage vor, dass wir zunächst Frau Hermann und Frau Richter die Gelegenheit geben, uns ihren Standpunkt darzustellen. Im Anschluss besteht die Möglichkeit, Rückfragen zu stellen und ggf. Argumente auszutauschen. Ich bitte hier ausdrücklich um einen sachlichen und wertschätzenden Austausch.

Im Anschluss werden die Verwaltung und ich die konkreten Änderungen der 2. Variante des Haushalts vorstellen.

Vor den eigentlichen Beschlüssen ist Raum für die Haushaltsreden der Fraktionen, bei denen ich im Vorfeld um eine freiwillige Beschränkung auf 15 Minuten gebeten habe.

Lassen Sie uns nun zunächst mit Frau Hermann und Frau Richter ins Gespräch kommen, die auch eine Präsentation mitgebracht hat. Frau Hermann, Sie haben das Wort!“

Sodann stellt Frau Hermann anhand einer Präsentation (siehe Anlage 3 zur Niederschrift) die Kommunalfinzen aus Sicht der ADD vor.

Der Vorsitzende zeigt auf, der Blick der Verwaltung sei der ADD bereits mitgeteilt worden. Nun solle dem Stadtrat die Möglichkeit gegeben werden sich zu äußern.

Ratsmitglied Eyrisch verliest die Rückmeldung der Stadtratsfraktion CDU vor:

„Sehr geehrte Frau Hermann, Zuerst einmal möchte ich mich bei Ihnen bedanken, dass Sie sich als Vertreterin der ADD die Zeit genommen haben, heute digital in diese Sitzung zu kommen. Sich unseren Fragen und Rückmeldungen zu stellen ist sicher nicht ganz einfach – zumal Sie ja wissen, dass Ihre Forderungen nicht gerade auf Begeisterung stoßen. Ich empfinde Ihre Anwesenheit gerade deswegen als sehr wertschätzend für uns als Gremium, aber auch der Stadt gegenüber.

Ihre Behörde, die ADD ist eine dem Innenminister Roger Lewentz direkt unterstellte Landesbehörde. Daher erlaube ich mir auch, die Begrifflichkeiten ADD, Landesregierung und vielleicht auch die direkte Anrede an Sie jetzt im Folgenden und auch später bei meiner Haushaltsrede hier und da synonym zu verwenden. Ich hoffe, Sie sehen mir dies nach. Für die Bürgerinnen und Bürger ist es aus meiner Sicht aber wichtig zu wissen, wer diese Forderung stellt. Das sind Sie in Vertretung unserer Landesregierung.

Und diese Forderungen sind deutlich. Die Stadt soll ihren Beitrag zum Ausgleich des Haushalts leisten. Im Klartext heißt das: Erhebt die Steuern, sonst hat der Haushalt eine Chance

auf Genehmigung. In anderen Kommunen haben Sie Ihre Forderung strikt durchgesetzt. Und gemäß dem Motto: Gleiches Recht und gleiche Pflicht für alle ist nun Pirmasens an der Reihe! So schlimm sei das Ganze auch nicht, immerhin reden wir hier nur über eine Anhebung auf Landesdurchschnitt.

Leider berücksichtigen Sie und offenbar auch einige Kollegen hier im Rat dabei nicht, dass Pirmasens in vielen anderen relevanten Punkten leider auch nicht im Landesdurchschnitt liegt. Weder beim Einkommen, noch beim Leerstand und auch nicht beim Sanierungsbedarf sind wir im Landesschnitt, sondern zum Teil deutlich darunter. Das lassen Sie unberücksichtigt, obwohl sich die Erhöhung von Steuern direkt auf diese Bereiche auswirkt.

Stichwort Einkommen: Höhere Grundsteuern bleiben nicht nur bei Immobilienbesitzern kleben. Sie werden auf die Mieter und damit auf alle Bürger unserer Stadt umgelegt. Stichwort Leerstand und Investitionsstau: Höhere Steuern hemmen Investitionen in Gebäude, da es durch die höheren Kosten einfach länger dauert, bis sich ein Invest auszahlt. Der Mietpreis, der deutlich unter dem Landesschnitt liegt, verschärft diese Situation zudem. Auch diesen lassen Sie unberücksichtigt.

Sehr geehrte Frau Hermann, bereits bei den letzten Haushaltsberatungen im Jahr 2020 hatten Sie uns mitgeteilt, dass Sie von der Stadt Pirmasens einen deutlichen Beitrag zum Ausgleich des Haushalts erwarten. Gerade so, als hätte sich die Stadt dem vorher entzogen.

Dem ist mit Nichten so. Der Fehlbetrag ist nicht wegen unserer schlechten Haushaltsführung entstanden, sondern wegen des unzureichenden Kommunalen Finanzausgleichs durch das Land. Inzwischen wurde auch gerichtlich festgestellt, dass dieser verfassungswidrig ist. Trotzdem wollten wir schon damals unseren Teil zur Konsolidierung beitragen.

Deswegen hat Pirmasens schon damals mit weitreichenden Einsparungen im Personal- und Sachkostenbereich der Stadt begonnen. Zudem wurden Hebesätze erhöht. Und die städtische Tochter Stadtwerke hat große Zuschüsse geleistet um die Zielwerte des Entschuldungsfonds zu erreichen.

Liebe Frau Hermann, Pirmasens leistet bereits seit geraumer Zeit einen aktiven und nicht unerheblichen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung.

Wieso wir Ihrer erneuten Forderung nach höheren Steuern so vehement gegenüberstehen ist also nicht darin begründet, dass wir keinen Beitrag leisten wollen. Wir als CDU Pirmasens sind fest davon überzeugt, dass Ihr Ansatz ein grundlegend falscher ist und Sie mittelfristig der Haushaltskonsolidierung und damit unserer Stadtentwicklung schaden.

Die Argumente hierfür hat auch das von uns gefordertes Gutachten geliefert, das ebenfalls bei Ihren Forderungen unberücksichtigt bleibt.

Leider bringt uns das in der heutigen Diskussion nur wenig. Denn ich gehe nicht davon aus, dass Sie trotz aller Argumente durch mich oder meine Kollegen hier im Rat von Ihrer Forderung abrücken.

Also bleibt uns entweder die Ablehnung Ihrer Forderung und damit ein ungenehmigter Haushalt oder wir spielen ihr Spiel mit. Ich bin keine Juristin, ich glaube in dem Kontext kann man aber schon von Nötigung sprechen. Als Laie nenne ich es Erpressung.

Wir als CDU machen unsere Zustimmung von drei Faktoren abhängig:

1. Das Land muss seine Hausaufgaben machen und den Kommunalen Finanzausgleich fair regeln. Wir brauchen eine zu den uns übertragenen Pflichtaufgaben passende Finanzaus-

stattung. Das rheinlandpfälzische Verfassungsgericht hat sie aufgefordert, dafür zu sorgen und wie man hört, soll der neue Gesetzesentwurf im März vorgestellt werden.

2. Die Altschuldenfrage muss geklärt werden. Denn die Schulden sind – wie dargestellt – nicht von der Stadt verursacht. Laut des fraktionenübergreifenden Mainzer Vorschlags zur Verfassungsänderung und den Formulierungen des Koalitionsvertrags der Ampel in Berlin bahnt sich auch hier scheinbar eine Lösung an.

In beiden Punkten wird sich bedauerlicherweise erst in den kommenden Wochen und Monaten zeigen, ob es eine wirklich faire Neuregelung geben wird oder ob es wieder nur bei Lippenbekenntnissen aus Berlin und Mainz bleibt.

Daher können und wollen wir maximal über einen Kompromisshaushalt für 2022 beraten und werden die weiteren Entwicklungen sicher im Herbst nochmal neu bewerten. In diese Bewertung wird dann drittens auch einfließen müssen, welche Perspektive das Land für uns sieht. Frau Hermann, direkt die Frage an Sie gerichtet: Welchen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung erwartet das Land von uns? Und zwar nicht häppchenweise im nächsten oder übernächsten Jahr, sondern mittel- und langfristig? Welche Steuerhebesätze halten Sie für eine Stadt wie Pirmasens mit all ihren nicht durchschnittlichen Herausforderungen, für erträglich? Was ist unsere Perspektive?
Vielen Dank."

Frau Hermann erklärt, die Erhöhung der Grundsteuer würde eine Erhöhung von 21,00 € im Jahr für ein Einfamilienhaus bedeuten. Somit sei dies auch für Familien in Pirmasens leistbar. Auswirkungen für Empfänger von Sozialleistungen hätte die Erhöhung keine, da diese die Miete übernommen bekämen. Für die Menschen sei es einfacher, wenn Jahr für Jahr eine leichte Erhöhung erfolge, anstatt eine große Steigerung auf einmal. So sei es zum Beispiel bei wiederkehrenden Beiträgen.

Ratsmitglied Eysich erwidert, für Gewerbetreibende sei dies jedoch ein höherer Betrag. Hier seien es nicht nur 21,00 € sondern bis zu 600,00 €. Man hoffe zum jetzigen Zeitpunkt auf einen fairen Finanzausgleich, wodurch das Kernproblem gelöst werden könnte.

Ratsmitglied Dr. Matheis zeigt auf, das Land sei zuständig für die Finanzausstattung der Kommunen und der Landesverfassungsgerichtshof habe in einem Zeitraum von 15 Jahren zweimal festgestellt, dass der Ausgleich durch das Land verfassungswidrig sei. Die geringen Konsolidierungsbeiträge könnten nicht als Hauptgrund für die Haushaltsdefizite genannt werden. Das Land hätte zu viel Geld bei der Finanzausstattung gespart. Des Weiteren sei die Höhe der Gewerbesteuer den Kommunen überlassen, gleiches sollte auch bei der Grundsteuer sein.

Die Erhöhung der Grundsteuer sei der Anfang einer Abwärtsspirale. Auch sollten die örtlichen Verhältnisse in Pirmasens beachtet werden. Zum einen seien in Pirmasens viele Leerstände und geringe Mieten zu verzeichnen. Diese Sondersituation hätte auch der Präsident des Rechnungshofes festgestellt.

Der Blick auf die Konsolidierungsmaßnahmen der Stadt und deren Anerkennung würden fehlen. Auch sollte die ADD ihren Blick darauf richten, dass die Aufgaben der Stadt immer mehr würden.

Ratsmitglied Eschrich zeigt auf, der Druck den der Rechnungshof auf die ADD ausübe, würde diese auf die Kommunen übertragen. Dies sei seines Erachtens nicht in Ordnung. Ebenfalls stelle die Erhöhung der Grundsteuer einen Eingriff seitens der ADD in die Haushaltshoheit des Rates dar. Auch durch eine Verdopplung oder Verdreifachung der Steuer könne das Defizit nicht aufgearbeitet werden. Die hohe Verschuldung sei auf die hohen Sozialkosten

zurückzuführen. Die Realsteuer könne erhöht werden, wenn dies eine erhebliche Verbesserung darstelle. Dies sei jedoch in Pirmasens nicht der Fall, denn sie stelle nur eine geringe Verbesserung dar.

Ratsmitglied Tilly bedankt sich bei Frau Hermann, dass diese an der heutigen Sitzung teilnehme. Die vorgebrachten Argumente der ADD seien teils verständlich, jedoch sei überraschend, dass die Steuerkraft in Pirmasens gut sei. Auch spiele es für die Stadtratsfraktion SPD eine große Rolle, wie es in den nächsten Jahren weitergehe. Er fragt jedoch an, weshalb die Erhöhung der Steuer jetzt erfolgen sollte, obwohl nicht feststehe wie hoch der Finanzausgleich sei. Weiterhin fragt er an, weshalb nicht auf den Finanzausgleich gewartet werden könne. Die Stadtratsfraktion SPD halte die Erhöhung nicht für den richtigen Zeitpunkt.

Frau Hermann zeigt auf, die Steuern sollten nun erhöht werden, da nicht davon ausgegangen werden könne, dass ein Finanzausgleich in Höhe von 20 Mio. € erfolge. Jedoch sollten die Steuern nicht auf 540 Punkte, sondern auf 510 Punkte erhöht werden. Des Weiteren würde der Druck des Landesrechnungshofes nicht 1 zu 1 weitergegeben und die ADD sei bemüht eine schrittweise Erhöhung zu ermöglichen. Keine Steuererhöhung sei keine Möglichkeit mehr.

Ratsmitglied Dr. Matheis erklärt, trotz geringer Mietkosten sei in Pirmasens ein hoher Leerstand zu verzeichnen. Nun würden die zusätzlichen Kosten wie zum Beispiel durch höhere Nebenkosten zu einem höheren Leerstand und Investitionsstau führen.

Frau Hermann betont, mit dieser schrittweisen Erhöhung sei ein Kompromiss mit Oberbürgermeister Zwick und dem Stadtrat gefunden worden.

Der Vorsitzende stellt fest, Verwaltung und Stadtrat hätten einen anderen Blick auf Pirmasens als die ADD. Eine Aussicht auf eine Verbesserung bestünde nicht, aber, dass die Stadt nicht getan hätte stimme nicht und könne so nicht stehen bleiben. Die Konsolidierungsbemühungen müssten beachtet werden.

Sodann fährt der Vorsitzende mit der Haushaltsrede fort:

“Herzlichen Dank an Frau Richter und Frau Hermann und an Sie, liebe Ratsmitglieder für die sachliche und offene Diskussion.

Bitte lassen Sie mich noch kurz einige Ausführungen zum vorliegenden alternativen Entwurf des Einzelhaushalts machen.

Die Forderung, nur über einen Einzelhaushalt 2022 zu beschließen, kann ich grundsätzlich mittragen. Ohnehin wäre für 2023 ein umfangreicher Nachtrag notwendig, wenn der neue Kommunale Finanzausgleich absehbar wird.

Der alternative Vorschlag für das Jahr 2022 fällt mir schwer, ich sehe aber keine andere Wahl, als Ihnen diesen vorzuschlagen.

Dieser alternative Haushalt schließt mit Erträgen von 153,1 Mio. Euro und Aufwendungen von 171,7 im Ergebnishaushalt mit einem voraussichtlichen Fehlbetrag von 18,6 Mio. Euro. Dabei ist nun eine Grundsteuererhöhung auf 510 Punkte mit einer Gesamtsumme von 550.000 Euro eingerechnet. Diesen Teil werden wir Ihnen im Anschluss gleich noch erörtern.

Die übrigen Details sowie die geplanten Investitionsprojekte habe ich Ihnen bereits ausführlich in meiner Einbringungsrede vorgestellt. Im Ergebnishaushalt 2022 hat sich bis auf den neu ermittelten Betrag der Grundsteuer also nichts geändert.

In der Haushaltssatzung mussten lediglich die Verpflichtungsermächtigungen angepasst werden, da bei einem Einzelhaushalt ansonsten bei den Investitionsmaßnahmen im Haushaltsjahr 2022 keine darüber hinausgehenden Verträge abgeschlossen werden könnten. Die Verpflichtungsermächtigungen erhöhen sich um rd. 14 Mio. Euro auf 27,6 Mio. Euro.

Liebe Kolleginnen und Kollegen Stadtratsmitglieder,

mit der Genehmigung des letzten Nachtragshaushalts hatte die Kommunalaufsicht mitgeteilt, dass sie Maßnahmen erwartet, die den Haushaltsausgleich herbeiführen oder sich dem Ausgleich zumindest nähern. Sofern keine Anhebung der Realsteuerhebesätze im neuen Haushalt eingeplant werde, sollte dies ausführlich begründet werden.

Ich habe der Kommunalaufsicht meine Auffassung zum Thema Steuererhöhungen bereits dargestellt. Nach wie vor bin ich der Meinung, dass eine Erhöhung der Realsteuerhebesätze die bisherige Entwicklung der Stadt und alles was geleistet worden ist, konterkariert.

Meines Erachtens sollte die besondere Situation der Stadt Pirmasens berücksichtigt werden. Die demografische Entwicklung und Arbeitsmarktlage sind nicht vergleichbar mit anderen Städten. Speziell für die Grundsteuer B ist zu berücksichtigen, dass Pirmasens die höchste Leerstandsquote und die niedrigsten Mieten im gesamten Land hat. Die Löhne sind unterdurchschnittlich und die Menschen tragen besondere Belastungen. Sie stehen vor besonderen Herausforderungen.

Ich bin fest davon überzeugt, dass auf eine Hebesatzerhöhung noch größere Probleme folgen werden. Dies hat auch das von uns in Auftrag gegebene Gutachten der Fa. RWI consult belegt, das zu dem Ergebnis gekommen ist, durch Steuererhöhungen werde nur eine weitere Abwärtsspirale in Gang gesetzt.

Aufgrund des aktuellen Urteils des Verwaltungsgerichtshofs ist meines Erachtens zunächst das Land in der Verantwortung, einen adäquaten Finanzausgleich zu schaffen. In der anstehenden Übergangsphase wären meines Erachtens Lösungen sinnvoll gewesen, die der Stadt nicht schaden. Immerhin liegt dem Haushalt 2022 ein verfassungswidriger Finanzausgleich seitens des Landes zugrunde, der auch maßgeblich für das hohe Defizit ist.

Leider gibt es zum jetzigen Zeitpunkt noch keine konkreten Grundlagen für die Ermittlung der künftigen Zuweisungen. Die verschiedenen Berechnungsmodelle zeigen jedoch auf, dass voraussichtlich nicht die gesamten Defizite gedeckt werden. Das bedeutet, die Stadt Pirmasens wird sich einem Haushaltsausgleich zwar ab 2023 möglicherweise nähern, aber wohl weiterhin mit Fehlbeträgen im Haushalt zu kämpfen haben.

Ich möchte nochmals darauf hinweisen, dass die bisherige Konsolidierung mit Ausgabeneinsparungen und auch Steuererhöhungen ein Kraftakt für Pirmasens waren. Es war sehr schwer für die Stadt, zusätzliche Aufgaben und deren Finanzierung zu bewältigen, im gleichen Zug aber seitens des Landes Schlüsselzuweisungen gekürzt zu bekommen.

Ich spreche hier insbesondere vom Budget Jugend und Soziales. Hier müssen wir seit Jahren einen Fehlbedarf von rd. 30 Mio. Euro p.a. ausweisen, Tendenz meistens steigend. Aktuell – also für die Jahre 2022 und 2023 – liegen wir bei knapp 33 bzw. 34,2 Mio. Euro. Im Jahr 2021 hatte der Haushalt in der Planung noch bei einem Defizit im Sozialetat von 27,2 Mio. Euro gelegen.

Wie ist eine Steigerung von fast 5 Mio. Euro zu erklären?

Die Schlüsselzuweisungen C 1 bis C 3 haben sich von 2021 auf 2022 um 2,9 Mio. Euro verringert, nämlich von 16,9 Mio. Euro auf 14,0 Mio. Euro. Durch die Einführung des Bundesteilhabegesetzes sowie die Auswirkungen des neuen Kita-Zukunftsgesetzes entstehen uns Mehrbelastungen von rd. 3,6 Mio. Euro. Durch steigende Fallzahlen bei der Jugendhilfe vergrößert sich der Fehlbedarf um weitere 1,5 Mio. Euro.

Alleine durch die aufgezählten Beispiele entsteht eine Steigerung des Defizits von mehr als 8 Mio. Euro. Wie sollen wir diese Einnahmeausfälle und Kostensteigerungen aus eigener Kraft bewältigen? Ich habe es bereits mehrfach in meinen bisherigen Haushaltsreden und auch bei Gesprächen mit der Kommunalaufsicht angesprochen: Ohne die Defizite im Bereich Jugend und Soziales wäre der Haushalt der Stadt Pirmasens problemlos im Plus!

Sehr geehrte Damen und Herren,

trotz der Feststellung des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz, dass der aktuelle Finanzausgleich verfassungswidrig ist, hat das Land diese erhebliche Reduzierung der Schlüsselzuweisungen vorgenommen und den Kommunen gleichzeitig große Belastungen im Rahmen des Bundesteilhabegesetzes und des Kita-Zukunftsgesetzes auferlegt.

Verstehen Sie mich bitte nicht falsch, aber für diese Defizite, für deren teilweisen Ausgleich die Kommunalaufsicht nun eine Anhebung der Grundsteuer fordert, kann die Stadt Pirmasens absolut nichts. Es fällt mir schwer, das gebe ich offen zu, Ihnen eine solche Forderung zu vermitteln.

Allerdings würde es für Pirmasens einen monatelangen Stillstand bedeuten, wenn wir es hier auf die Ablehnung des Haushalts ankommen lassen würden. Laufende Projekte könnten nicht fortgesetzt werden, neue nicht begonnen. Offene Stellen, z. B. im Kita-Bereich, könnten nicht besetzt werden. Usw.

An dieser Stelle befinden wir uns rechtlich in einer schwachen Position. Am Ende haben wir in diesem Konflikt keinen echten Hebel, unsere Interessen durchzusetzen.

Jetzt zeigt sich, wie elementar und wichtig unsere Klage vor dem Verfassungsgerichtshof in Koblenz war. Ohne das Urteil des Gerichts wäre eine Besserung nicht in Sicht. Wir müssten auf unabsehbare Zeit jedes Jahr neu und immer wieder über Steuererhöhungen diskutieren.

Das Land hat jetzt die Chance, diesen Missstand endgültig zu beseitigen. In den nächsten Monaten wird sich zeigen, ob es das Land ernst meint, mit einer gerechten Finanzausstattung der Kommunen.

Ich verweise an dieser Stelle gerne auch noch einmal auf unser Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht. Auch dieses Verfahren gewinnt in der aktuellen Situation noch einmal besondere Bedeutung.

Sollte das Land die Reform des Finanzausgleichs nämlich nur halbherzig oder weiterhin zu unserem Nachteil regeln, ist eine erneute gerichtliche Korrektur – dieses Mal vielleicht aus Karlsruhe - nicht auszuschließen. Hierfür lohnt es sich, für unsere Bürger weiter zu kämpfen.

Meine Damen und Herren, die Verwaltung wird nun noch einmal den alternativen Haushalt erläutern. Lassen Sie uns danach zu Ihren Haushaltsreden kommen. Ich bedanke mich ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.“

Er fügt hinzu in der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Anlagen sei ein redaktioneller Fehler aufgetreten. Auf der Seite 604 sei der Ansatz 2021 mit dem Ansatz 2025 für die Grundsteuer B vertauscht worden. Im Nachgang zur Sitzung würde dies verbessert.

Sodann verliest Ratsmitglied Tilly die Haushaltsrede:

„Sehr geehrter Oberbürgermeister,
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Ratsmitglieder,

vor knapp 2 Wochen waren die Schülerinnen und Schüler unserer Stadt ganz gespannt, was das Halbjahreszeugnis für sie bereithält, haben die Leistungen gestimmt oder steht am Ende der gefürchtete Satz: „Versetzung gefährdet.“

Auch ich will die anstehende Haushaltsrede dazu nutzen unserer Stadtspitze ein Zeugnis auszustellen.

Corona-Politik/Home-Schooling

Vorab muss auch ich noch ein paar Worte auf die Situation seit der letzten Verabschiedung des Haushaltes verlieren. Die Corona-Pandemie hat unser aller Leben verändert und wir mussten uns alle mit der neuen Situation zurechtfinden. Wir sind als Rat auch ins Home-Schooling, wie auch im Moment; gewechselt und haben digitale Sitzungen gemacht. Im Großen und Ganzen haben wir als Stadtrat gemeinsam die Situation so gute es ging gemeistert. Wir haben meist an einem Strang gezogen und so beispielsweise den Gastronomen mit Erleichterungen bei der Nutzung von Freiflächen geholfen. Aber natürlich ging dort auch nicht alles glatt. So hat der Oberbürgermeister, offensichtlich inspiriert von seinem bayrischen (Vor-)Namensvetter, gemeint, sich mit immer neuen Maßnahmen in Szene zu setzen und einen konsequenten Schlingerkurs gefahren. SO wollte er die Wohnungen der Pirmasenser auf Corona-Verstöße kontrollieren und ist als einer der ersten in Rheinland-Pfalz mit einer Ausgangssperre vorgeprescht. Dann konnte es mit den Lockerungen, auch hier wieder die Parallelen zum Alpen-Markus, nicht schnell genug gehen. Offensichtlich liegt bei diesem Namen das Volkstribun-Gen im Blut...Nach diesem kurzen Ausflug ins Fach Latein, kommen wir zu den Kernfächern.

Mathematik

Es bietet sich an, beim Haushalt, - schließlich geht es hier um die Einnahmen und Ausgaben der nächsten beiden Jahre und somit um Zahlen – mit dem Fach Mathematik zu starten. Auch hier gibt es wenige Veränderungen zu den vergangenen Jahren. Der Haushalt schließt für das Jahr 2022 mit einem Fehlbetrag von ca. 19 Mio. € (und für das Jahr 2023 mit einem Fehlbetrag von ca. 20 Mio. €.)

Wir erinnern uns, auch das Berechnen von Einsparpotentialen ist ein Dauerbrenner auf dem städtischen Lehrplan. Eine Aufgabe, die uns schon viele Jahre beschäftigt, ist das Sparpotential der Schulrochade. Dort wurde uns immer das Einsparpotential von 500.000 € pro Jahr durch den Wegfall des Hugo-Ball-Gymnasiums vor Augen geführt.

Nachdem der Zeitplan immer weiter nach hinten geschoben wurde, ohne dass wirklich etwas geschehen wäre, hat der überfällige und immer wieder geforderte Schulentwicklungsplan, zu Tage gebracht, dass man auch den Standort am Fahrschen Wald weiterhin braucht. Aber statt die eigenen Fehler einzusehen und zuzugeben, dass die geplante Schulrochade, nachdem der ursprüngliche Plan nicht mehr zu halten war, nichts als ein Rohrkrepierer war, stellte man sich hin und verkaufte dies noch als Erfolg der eigenen Stadtentwicklungspolitik: Der Realitätsverlust treibt hier schon manchmal seltsame Blüten.

Als Konsequenz muss das Hugo Ball Gymnasium für 4 Mio. € saniert werden, Arbeiten die im Jahr 2012 als man die Schulrochade auf den Weg gebracht hat, sich sicher günstiger hätte realisieren lassen. Man zog es aber vor abzuwarten, bis andere einem die Entscheidung aus der Hand nehmen, so dass die Kosten durch jahrelanges „Nichts-tun“ ungleich höher geworden sind. Und die Kalkulation von 4 Mio. hat einen Denkfehler. Bei diesem Betrag fehlen die nicht eingesparten

500.000,00 € pro Jahr. 4 Mio. durch 500.000 ergibt 8, dies heißt für 8 Jahre werden aus einer Einsparung von 500.000 € Kosten von dann 1 Mio. € also insgesamt 8 Mio. €. Man muss sagen, eine beispiellos gelungene Kalkulation. Diese 500.000,00 € pro Jahr entsprechen im Übrigen ziemlich genau dem Betrag, der jetzt mit der beabsichtigten Grundsteuererhöhung finanziert werden muss. Bevor man jetzt also wieder mit dem Finger auf andere zeigt, sollte man mit diesem sich mal an die eigene Nase

Ein weiterer Dauerbrenner ist die Kostensteigerung bei der Landgraf Ludwig Realschule Plus um das Vierfache. Aber auch hier gibt man sich seit Jahren unschuldig und begründet dies mit Kostensteigerungen der Baufirmen, um vom eigenen Totalversagen abzulenken.

Note: ungenügend

Deutsch

Eine der Kernkompetenzen im Fach Deutsch ist das Lesen. Dazu braucht man meist Bücher. Diese stehen üblicherweise in einer Bücherei. Ich muss sagen, seit der letzten Haushaltsrede hat sich in Sachen Bücherei echt viel getan. Nämlich nichts. Das aktuelle Gebäude ist den Anforderungen nicht mehr gewachsen und die Stadtbücherei hat es verdient, in einem angemessenen zeitgemäßen Gebäude untergebracht zu werden. Oder hat Herr Clauer in der Büchertelefonzelle des Lions Club und der Boite des livres de notre ville jumelle Poissy neues Einsparpotential erkannt und hofft, dass sich genug Spender finden, um alle Bücher bzw. Medien in Telefonzellen und Boxen unter zu bringen, dann kann man das Gebäude komplett sparen...

Note: mangelhaft

Ein weiteres Musterprojekt ist die Umgestaltung der ehemaligen Kaufhalle. Dort passiert nämlich auch nichts. Man lässt sich immer wieder vertrösten, ohne dass etwas passiert. Die Stadtgalerie 2.0 ist in Arbeit. Dies zieht sich aber wie ein roter Faden durch die Stadtentwicklung der vergangenen Jahre, bis auf wenige Ausnahmen sind die einzig realisierten Projekte Luftschlösser.

Sport

Nach der ganzen Kopfarbeit darf natürlich auch der Sport nicht zu kurz kommen. Aber Moment, wo sollen wir denn für den Sport hingehen? Auf jeden Fall nicht, in die immer noch nicht gebaute neue Sporthalle für den Schulsport und den TVP. Dort werden die Vereinsmitglieder und die Schulen seit Jahren hingehalten, ohne dass, von hochtrabenden Plänen abgesehen, wirklich etwas passiert. Und wie immer sucht man die Schuld bei anderen. Der Bund und das Land seien mit den Förderanträgen nicht rechtzeitig in die Gänge gekommen, dass man sich jetzt entschieden hat die Planung zunächst selbst zu übernehmen. Jedoch

das Gegenteil ist der Fall. Die Stadt hat zum einen die Frist für den Förderantrag nicht eingehalten und zum anderen, ist man wohl der Ansicht, dass man das Geld zweimal erhält.

Note: Wegen der Einstellung der Planungskosten ausreichend

Im Fach Biologie muss man sagen, hat sich in den letzten Jahren einiges zum Positiven entwickelt. Dies ist insbesondere der guten Arbeit des Garten und Friedhofsamtes zu verdanken, die sich in vielen Projekten sehr kreativ engagiert haben. Waldfriedhof, Spielplätze, Blühflächen oder auch den Entwurf für die Neugestaltung der Fußgängerzone, die aber ohne die Bürgerversammlung ganz anders aussehen würde, denn der eigentliche Wunsch der Stadtspitze war eine Drive-In Fußgängerzone. Doch wo Licht ist, ist auch Schatten und so muss ich leider ein für Schüler bei Tests typisches Verhalten hinweisen, dass auch unserer Stadtspitze nicht fremd ist. Es geht ums Spicken! Und wie erfahrene Schüler macht dies unsere Verwaltung auch ganz ungeniert. So finden sich immer mehr Flächen, auch bei der Neugestaltung der Fußgängerzone unter dem Motto "Essbare Stadt". Man ist ganz Stolz auf dieses Projekt, vergisst aber leider zu erwähnen, dass es dazu bereits einen Antrag der Linken gab, der damals aber vollmundig abgelehnt wurde. Oder das Konzept der Pop-Up Stores, hier hat man schamlos beim Wahlprogramm der SPD zur OB- und Kommunalwahl abgeschrieben.

Note: befriedigend (den Täuschungsversuch lassen wir mal als Verfehlung im Überschwang unter den Tisch fallen) Musik und Kunst

Für Kunst und Kultur gibt es nach der Pensionierung von Frau Mäß einen neuen Lehrer. Gerade der Bereich Musik und Kunst lebt davon, dass man diesen stetig weiter entwickelt und auch neue Dinge ausprobiert. Aber offensichtlich gibt es Beteiligte in diesem Bereich, die das nicht wollen und dem neuen Lehrer aus Italien, bevor er überhaupt richtig angefangen schon wieder Steine in den Weg legen. Es wäre schön, wenn dieses nicht immer so wichtig nehmen und Herrn Scorzelli einfach mal machen lassen, sonst sehe ich auch hier das Klassenziel gefährdet.

Mitarbeit:

Gerade die Mitarbeit der Stadtspitze lässt im Bereich der Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen sehr zu wünschen übrig. Was haben der alte und neue OB bei der beabsichtigten Gebietsreform gewettet, dass man doch die Zusammenarbeit der Kommunen fördern sollte und vollmundige Ankündigungen und Versprechungen gemacht. Umgesetzt wurde aber exakt gar nichts. Und auch die tolle Zusammenarbeit im medizinischen Bereich war nur ein Strohfeuer, dass nur als Wahlkampfmanöver gedacht war. Auch hier liegt Einsparpotential mit dem man den Deckungsbeitrag zum KEF hätte finanzieren können, statt nun die Grundsteuer erhöhen zu müssen. Aber wie immer, Chance vertan.

Note: mangelhaft.

Verhalten

Auch beim Verhalten gibt es einiges zu beklagen. In der Klasse Rathauskoalition ist man immer häufiger geteilter Meinung. Ganz besonders die Schüler aus der Umwelt AG sind mehr und mehr unzufrieden mit dem was die Klassenkameraden und die Schulleitung veranstalten. So haben die Grünen gegen den Vorschlag der Stadtspitze bei den Schottergärten gestimmt und auch bei der geplanten Sanierung der Neuffervilla verbunden mit den Plänen des Investors Bernd Hummel für ein Wohnhaus im Park hat man Widerstand angekündigt. Am Rande sei angemerkt, dass es schon ein einmaliger Vorgang ist, dass der OB dieses

Projekt massiv vorantreibt, dann aber in der vergangenen Woche zugegeben hat, dass er noch nie in der Villa war...

Aber auch die Unterstützung des Oberbürgermeisters für die Nicht angemeldeten Montags-spaziergänge einerseits und das vollkommene Desinteresse für die vom Koalitionspartner veranstaltete und angemeldete Gegendemonstration, lässt tief blicken. Zum einen wie es um den Koalitionsfrieden steht, zum anderen für wen der OB da ist und für wen eben nicht. Es ist offensichtlich, dass die Koalition, auch wenn sie anderes behaupten, eigentlich am Ende ist. Aber man redet den Zwist klein und scheint im Zweifelsfall auch ohne mit der Wimper zu zucken die Raufbolde aus der Raucherecke zur Hilfe zu holen. Und da gibt es ja auch noch die drei

Kamerad*innen vom FWB, die die Klasse vor Schuljahresende verlassen wollen, um sich anderen

Lerninhalten zu widmen. Vielleicht war der Stoff zu anspruchsvoll, wer weiß? Ein anderer Schüler hat sogar ganz die Schule gewechselt. Unsern City Manager zieht es nach Kaiserslautern. Man kann ihm und auch seinem potentiellen Nachfolger bei uns wünschen, dass er nicht länger an der kurzen Leine gehalten wird und mehr machen darf als Leerstandskataster.

Damit hat unsere Stadtspitze das Klassenziel leider nicht erreicht, weshalb wir dem Haushalt nicht zustimmen werden.

Wenn wir nur darauf hoffen könnten, dass eine sogenannte Ehrenrunde bzw. die Wiederholung des Lernstoffs zur Erkenntnismehrung beitragen könnte.

So müssen wir leider davon ausgehen, dass im nächsten Zeugnis wieder deutlich mehr Schatten als Licht feststellbar sein wird.

Ausblick aufs neue Schuljahr (KEF, Altschulden),

Zum Schluss noch einen Ausblick aufs neue Schuljahr. Dann wird sich einiges verändern. Der kommunale Finanzausgleich wird komplett reformiert und das Land hat mit allen demokratischen Parteien im Landtag beschlossen, die Verfassung zu ändern, so dass die kommunalen Altschulden hälftig übernommen werden können. Jetzt muss nur noch der Bund, wie bereits versprochen, seine Hälfte übernehmen und wir können schuldenfrei ins neue Jahr starten. Etwas was wir eigentlich fast nicht mehr für möglich gehalten, wird endlich Realität. Die Stadt kann endlich wieder aufatmen und ich denke, damit wird auch eine neue Zeitrechnung in unserer Stadtgeschichte Einzug halten. Man darf auch gespannt sein, welche Sündenböcke sich die Stadtspitze dann aussuchen wird, um ihre eigenen Fehler zu kaschieren, was die Standardausrede der Vergangenheit war. Am Rande sei noch erwähnt, dass wir das alles schon haben könnten, wenn nicht im Jahr 2020 die Parteifreunde unserer Stadtspitze sich quergestellt hätten und eine Entscheidung blockiert hätten. Danke an die CDU-Landesfürsten, die damals die Interessen der Kommunen mit Füßen getreten haben.

Abschließend gilt mein Dank Iris Brandt und dem gesamten Team der Kämmerei für die gute Vorbereitung der Haushaltsberatungen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit."

Ratsmitglied Eyrisch verliest die Haushaltsrede:

“Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Herren Beigeordnete,
sehr geehrte Damen und Herren,
in den letzten Wochen und Monaten haben wir uns alle intensiv mit unserem Haushalt beschäftigt. Begleitet wurden wir dabei stets von den Mitarbeitenden des Rathauses, die uns die Eckpunkte und verschiedenen Varianten sehr ausführlich und gut verständlich darstellten und jederzeit für Rückfragen parat standen. Ich will die Gelegenheit bereits zu Beginn meiner Ausführungen nutzen
und Ihnen hierfür ganz herzlich im Namen meiner Fraktion danken!

Gerne möchte ich an meinen Redebeitrag von vorhin anknüpfen. Bereits beim letzten Doppelhaushalt wurden wir vom Land zu Steuererhöhungen genötigt. Genötigt deswegen, weil klar kommuniziert wurde, dass anderenfalls der Haushalt kassiert und nicht genehmigt werden würde. Wir haben uns gebeugt – unter der Prämisse, dass ein Gutachten in Auftrag gegeben wird, das untersucht, welche Auswirkungen das ständige Drehen an der Steuerschraube haben wird.

Das Gutachten liegt inzwischen vor und wurde uns vor wenigen Wochen hier im Stadtrat vorgestellt. Wenig überraschend die Ergebnisse. Ein Weiter so in Richtung Steuererhöhung schönt zwar für den Moment in ganz geringem Umfang die Zahlen, mittelfristig schaden wir der Entwicklung unserer Stadt und damit unseres Haushalts aber sogar. Standortnachteile werden verstärkt, Investitionshemmnisse aufgebaut.

All das scheint aber beim Land keine ausgeprägte Rolle zu spielen. Wieder ist das Signal der Landesregierung deutlich: Die Stadt muss ihren Beitrag zur Konsolidierung des Haushalts leisten. So heißt es sachlich neutral. In letzter Konsequenz bedeutet das: Einnahmen erhöhen oder Kosten senken. Im Idealfall beides.

Andauernde Steuererhöhungen werden uns nicht helfen. Allerdings zeigt das Gutachten auch Auswege auf. Auswege jenseits von Steuererhöhungen. Diese sind sicher nicht völlig überraschend und neu – bestätigen uns als Gremium vielmehr auf dem Weg, auf dem wir bereits seit einigen Jahren sind und den wir mit dem vorgelegten Haushalt auch weiter beschreiten wollen. Investitionen in Bildung und Jugend, Verbesserung der Verkehrswege und der digitalen Infrastruktur, Attraktivierung der Innenstadt um den Tourismus weiter auszubauen. All das kann und wird unserer Stadt helfen, die wirtschaftliche Transformation zu schaffen und mittelfristig auch einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Eine stumpfe Erhöhung der Einnahmenseite hilft hingegen nicht.

Betrachten wir also die Ausgabenseite. Nicht erst seit dem Urteil des rheinland-pfälzischen Verfassungsgerichts wissen wir, wo der Hase im Pfeffer liegt. Das Ungleichgewicht in unserem Haushalt rührt nicht aus schlechter Haushaltsführung, sondern daher, dass wir immer mehr neue Pflichtaufgaben von Land und Bund bekommen, für deren Erfüllung aber nicht die entsprechenden finanziellen Mittel erhalten. Und leider hat unsere Stadt noch nicht die Wirtschaftskraft, um diese Mehrausgaben aus eigener Kraft zu refinanzieren. So hat sich über die Jahre ein riesiger Schuldenberg aufgetürmt, dessen Zinslast uns und unseren Haushalt weiter drückt. Jeder Bürger unserer Stadt – vom Neugeborenen bis zum Greis – zahlt allein für das Zinsaufkommen der Investitions- und Kassenkredite 80 Euro pro Jahr. Nur für die Begleichung der Schulden, die durch die richterlich festgestellte verfassungswidrige Finanz Ausstattung des Landes entstanden.

Viele der neuen und zusätzlichen Aufgaben der Kommunen stammen aus dem Sozialbereich – aufgrund unserer aus der Vergangenheit rührenden Strukturschwäche und dem ebenfalls

in dem Kontext stehenden Mehrbedarf im Sozialbereich sind wir als Stadt stärker betroffen als andere Kommunen.

Auf immer weiter steigende Kosten haben wir bislang mit intensiven Kosteneinsparungsmaßnahmen reagiert. Durch die konsequente Umsetzung der politischen Maxime „ambulant vor stationär“ sowie durch innovative Ansätze, die Ehrenamt einbinden und mit niedrigschwelliger Ansprache versuchen, intensivere und damit teurere Maßnahmen zu verhindern, konnte der Fehlbefund im Sozialbereich unter 30. Mio. Euro gehalten werden. Doch allein aufgrund der jüngsten Gesetzesänderungen entstehen Mehrkosten, die nicht mehr kompensiert werden können. Das neue Kita-Gesetz bedingt eine Mehrpersonalisierung von 14,5 Stellen. Allein diese sowie die neuen Stellen bei Feuerwehr und für die Digitalisierung kosten 1.13 Mio. Euro pro Jahr, die nicht gegenfinanziert sind. Erstmals steigt der Fehlbefund im Sozialetat damit in 202 auf fast 33 Mio. Im Folgejahr kalkuliert die Stadtverwaltung sogar mit 34,25 Mio. Euro.

Wir können hier aber nicht weiter einsparen – zumindest nicht ohne deutliche negative Folgen für die Menschen mit Hilfebedarf, die hier begleitet und unterstützt werden. Denn gerade der Sozialbereich ist ein in höchstem Maße bedarfsorientierter Bereich, den man nicht einfach wegsparen kann.

Der Leiter des Jugend- und Sozialamts, Gustav Rothhaar, stellte in einer der letzten Sitzungen des Hauptausschusses sehr anschaulich vor, wie sich die Bedarfe beispielsweise der Kinder- und Jugendhilfe nicht auch zuletzt durch die Corona-Pandemie gewandelt haben. Ambulante oder auch teilstationäre Maßnahmen reichen zunehmend nicht mehr aus, um den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen sowie der Familien gerecht zu werden. An deren Stelle treten betreuungsintensivere und damit natürlich auch deutlich teurere stationäre Maßnahmen. Und auch hier ist die Tendenz festzustellen, dass die „normale“ stationäre Unterbringung in immer mehr Fällen nicht ausreicht und eine Intensivbetreuung erforderlich wird.

Lock-Downs, Schulschließungen und Reduzierung der Sozialkontakte führten teilweise zu schlimmen Eskalationen in den Familien, die sich letztlich in einer erhöhten Zahl von Inobhutnahmen und einer deutlichen Zunahme anderer Jugendhilfemaßnahmen ausdrückten. Und die kosten Geld. Was einerseits für den Gesundheitsschutz unserer Gesellschaft richtig und wichtig war, hatte im Bereich der Jugendhilfe sehr negative Folgen.

Hier können wir es uns aus menschlicher und gesamtgesellschaftlicher Sicht schlicht nicht leisten, Kosten weiter massiv zu senken.

Betrachten wir die anderen Haushaltsbereiche, die jedoch in Pirmasens im Vergleich mit dem Sozialetat ohnehin weniger relevant sind. Auch hier wären weitere Einsparungen nicht zielführend. Ohnehin können wir lediglich über fünf Prozent unseres Haushalts im Rahmen der freiwilligen Leistungen frei verfügen. Fünf Prozent ist unser Gestaltungsspielraum! Und selbst da liegen wir immer deutlich unter der bewilligten Zuschussobergrenze von 8.8 Mio. Euro. Das weitere Streichen von Angeboten, von Kunst und Kultur oder auch dem Schwimmbad ist für uns keine Option.

In der Vergangenheit haben wir insbesondere bei den städtischen Gebäuden massiv gespart und müssen heute feststellen, wo uns das hingeführt hat. Wir werden von den Maßnahmen irgendwann eingeholt. Sehr deutlich spürt das Bürgermeister Maas aktuell bei den vielen Reparaturen und Sanierungsmaßnahmen, die wir in den Schulen durchführen müssen. Ein weiter so ist hier nicht möglich. Hier müssen Mittel fließen.

Die im aktuellen Haushaltsentwurf vorgesehenen Investitionen im Bereich Jugend und Bildung sind daher aus unserer Sicht unerlässlich. Wir brauchen eine neue Turnhalle, in der

unsere Kinder turnen können. Auch benötigen wir endlich das neue Jugendhaus in der Joßstraße, damit dort wieder ein gescheiter Rahmen für die inhaltlich wirklich tolle Arbeit vorhanden ist. Das gleiche gilt für die Investitionen in unsere Schulen. Dort mussten wir lange genug sparen. Von den beiden neuen Kitas ganz zu schweigen. Natürlich brauchen wir die!

Weitere wichtige Investitionen sind für die Vorplanungen zum Umbau unserer Fußgängerzone vorgesehen. Auch in diesem Projekt wären Einsparungen äußerst kurzfristig gedacht und unklug. Wir brauchen den Umbau unseres Stadtzentrums um hierdurch attraktiver für Touristen zu werden. Denn wir wissen, die Deutschen machen nicht erst seit Corona wieder verstärkt Urlaub im eigenen Land und suchen dabei nach Regionen, die möglichst vielfältig sind und viele Freizeitoptionen für die ganze Familie bietet.

Gerade für junge Familien haben wir mit der Jugendherberge, dem Dynamikum, dem Strecktal, den drei prämierten Wanderwegen und dem vielen Grün um uns herum eine hervorragende Ausgangssituation. Daran müssen wir anknüpfen und die Innenstadt auch auf die Bedarfe und Interessen dieser Zielgruppe anpassen. Nur so erhalten wir auch eine echte Zukunftsperspektive für unsere Gastronomie und unseren Handel.

Wir sehen: Im investiven Bereich zu sparen ist nicht klug. Im Gegenteil. Hier muss mehr Geld fließen. Sonst verbauen wir uns Zukunftschancen und werden weiter abgehängt.

Also haben wir uns in den vergangenen Tagen wieder sehr intensiv mit der Frage auseinandergesetzt: Was nun? Das Einsparpotential ist ausgeschöpft. Die Kosten können nicht weiter reduziert werden. Folgen wir der Forderung des Landes also erneut und erhöhen die Steuerlast unserer Bürgerinnen und Bürger? Leisten wir nicht diesen vom Land geforderten Konsolidierungsbeitrag, wird es keinen genehmigten Haushalt geben. Dann können wir viele der für uns so wichtigen Projekte nicht anstoßen oder weiterverfolgen. Stillstand wäre die Folge.

Der aktuell geforderte Beitrag, die Erhöhung von derzeit 480 auf dann 510 Punkte beim Hebesatz der Grundsteuer B wirkt erst einmal moderat – zumindest, wenn man, wie das Land, alle bisherigen Konsolidierungsmaßnahmen der Stadt völlig ausblendet. Für ein durchschnittliches Einfamilienhaus bedeutet das 21€ pro Jahr, für ein Zweifamilienhaus etwa 25€. Gewerbetreibende trifft die Erhöhung allerdings ungleich stärker: Mehrere hundert Euro macht das zum Teil pro Jahr aus. Und das in einer Zeit, in der die Gewerbetreibenden ohnehin durch Corona und die Erhöhung des Mindestlohns deutlich stärker belastet sind, als bisher. Es ist doch hanebüchen zu glauben, dass diese Mehrkosten nicht an anderer Stelle eingespart werden – ggf. sogar an Stellen, die uns und unserem Haushalt wieder schaden. Außerdem bleibt die Frage, wo das Ende der geforderten Erhöhungen liegt? Bei welcher Höhe sieht das Land einen angemessenen Grundsteuersatz für eine Stadt wie Pirmasens?

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Rats,

Ich und wir als CDU wollen eine klare Perspektive für unsere Stadt. Ich habe unsere Forderungen für eine Zustimmung zu diesem Kompromisshaushalt vorhin bereits Frau Hermann vorgetragen und möchte sie nochmals zusammengefasst wiederholen:

1. Das Land muss seine Hausaufgaben machen und den Kommunalen Finanzausgleich fair regeln.
2. Die Altschuldenfrage muss endlich geklärt werden. Und
3. Das Land muss klarstellen, wo es unseren Konsolidierungsbeitrag mittel- und langfristigt sieht.

Wie bereits ausgeführt, werden wir erst in Wochen oder Monaten Antworten darauf erhalten, ob die Forderungen entsprechend erfüllt werden. Doch unser Haushalt steht heute zur Genehmigung.

Für uns handelt es sich hier um eine Entscheidung Herz gegen Kopf. Unser Herz rät uns sehr deutlich dazu, einen Haushalt ohne Steuererhöhungen zu verabschieden und das Problem dahin zurückzuspielen, wo es verursacht wurde. Nach Mainz. Doch wir sind im Gegensatz zur Opposition nicht in der Rolle, uns zurücklehnen zu können. Gemeinsam mit unseren Partnern der Koalition stehen wir in der Verantwortung. Unser Kopf macht uns deswegen klar, dass wir mit der Ablehnung einen Stillstand in unserer Stadt auslösen, der ihr erheblich schaden wird.

Nach zähem Ringen werden wir nachgeben und Ihrem Kompromissvorschlag zustimmen. Allerdings knicken wir nicht vor dem Land ein. Vielmehr wollen wir kritisch prüfen, ob Land und Bund nun wirklich wie angekündigt den gebeutelten Kommunen zur Seite steht. Und wir machen ganz deutlich, dass wir uns wehren werden, wenn wir erneut feststellen müssen, dass man wieder gegen den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz verstößt und Pirmasens auch nach der Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs über Gebühr belastet.

Zum Ende meiner Ausführungen möchte ich noch auf einen letzten Aspekt kommen, den meine Fraktion und mich aktuell sehr beschäftigen.

Als Stadtgesellschaft und damit auch als Stadtrat sollten wir uns sehr klar darüber sein, dass auch der Bund, das Land und die Stadt alleine nicht zaubern können. Wir brauchen private Investitionen von Menschen und Unternehmen, die an das Potential unserer Stadt glauben und letztlich auch auf unsere objektive Bewertung und politische Führung im Rat vertrauen. Dies bedeutet selbstredend, dass wir neue Vorhaben und Ideen in unserer Stadt immer kritisch und intensiv prüfen und Nutzen und Zweck bewerten müssen.

Allerdings ist aktuell ein Klima entstanden, das uns gewisse Sorgen bereitet. Ich möchte dies nicht an einzelnen Vorhaben festmachen, sicher fallen aber allen Personen hier im virtuellen Raum Momente ein, bei denen man mit den Vorhabenträgern bisweilen nicht ganz fair umgegangen ist. Nochmal: Es geht mir nicht darum, bei jeder angekündigten Investition von privater Seite blind in Jubelschreie zu verfallen oder Vorhaben gar unkritisch durchzuwinken gemäß dem Motto: Hauptsache, es passiert überhaupt irgendetwas. Aber wir sollten uns sehr gut überlegen, wie wir mit Menschen umgehen, die sich wie wir für Pirmasens einsetzen, etwas erreichen und verbessern wollen. Denn diese brauchen wir und unsere Stadt.

Vielen Dank.“

Ratsmitglied Wink verliest die Haushaltsreden:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,
dass wohl wichtigste Thema heute ist die gegebene Situation in Bezug auf den Haushalt.

Vielen Dank Frau Hermann, dass Sie heute hier für die ADD Stellung bezogen und sich der Diskussion mit dem Rat gestellt haben. Sicherlich ist dies keine angenehme und auch in gewisser Art ärgerliche Diskussion. Für jede Seite und für jede der Parteien.

Und wenn es auch für ein Ratsmitglied keine schöne Situation ist die Steuern abermals zu erhöhen, gerade weil dies den Zielen und Visionen nicht zuträglich ist, müssen wir uns dieser stellen und eine, für alle Partner, kompromissfähige Lösung finden.

Aber unsere Ziele und Visionen, die die Stadt und Ihre Einwohnerinnen und Einwohner nach

vorne bringen bleiben.

Stichworte sind Arbeitsplätze, Gewerbeansiedlungen, Rechtssicherheit und Planungssicherheit, Mobilitäts-wandel, Jugend und vieles mehr.

Dennoch stützen wir als Freie Demokraten, wenn auch ein Stückweit gezwungen aber realistisch, die Vorgehensweise, dass man nur ein Haushaltsjahr verabschiedet und im Laufe des Jahres die Entwicklungen betrachtet. Gerade auch weil es noch unklare Variablen gibt.

Zu Beginn sicher der neue kommunale Finanzausgleich. Die Stadt und die Nebenkläger haben den Prozess in Bezug auf den KFA gewonnen. Dieser wird nun neugestaltet, und Pirmasens wird mit Sicherheit davon profitieren.

Natürlich ist heute noch nicht absehbar in welchem Rahmen, aber diverse Verteilungsmechanismen können nur so gestaltet sein, dass Pirmasens positiv davon betroffen sein wird und muss.

Auch wird Pirmasens vom Haushaltsüberschuss des Landes profitieren. Zum einen über die Altschuldenübernahme in Höhe von rund 3 Mrd. EUR.

Die regierungstragenden Fraktionen im Landtag wollen diese gemeinsam mit großen Teilen der Opposition bereits im März, per Verfassungsänderung, beschließen. Die anderen rund 50%, so arbeiten die Länder daraufhin, soll vom Bund übernommen werden.

Wir hoffen, dass die Bundesregierung an diesem Strang mitzieht.

Allerdings darf hier auch erwähnt sein, dass wir schon einmal an dieser Stelle waren und das Thema schon erledigt sein könnte. Dennoch muss jetzt daraufhin gearbeitet werden, dass der Schritt auch nun vollzogen wird.

Zum zweiten wird Pirmasens aber auch von einer weiteren Rückstellung des Landes in Höhe von 250 Millionen EUR zehren können, die das Finanzministerium für kommunale Investitionsprogramme im Bereich Klima und Innovation zur Verfügung stellt.

Künftig wird es aber noch viel wichtiger sein, dass Pirmasens über den KFA so ausfinanziert ist, dass diese Situation, wie wir sie heute haben, in Zukunft vermieden werden kann.

Es gibt sicherlich Einsparpotenziale, ohne Einschränkungen für Bürgerinnen und Bürger. Aber selbst, wenn wir diese im höchsten Maß ausreizen würden, könnte kein Haushalt gestaltet werden, der große Sprünge im Bereich der freiwilligen Leistungen zulassen würde. So müssen soziale Leistungen, die von Bund und Land auferlegt werden, durchgehend finanziert sein. Deshalb unterstützen wir Freien Demokraten die Stadt in ihren Bestrebungen gegenüber Bund und Land, gerade diese Leistungen vollumfänglich zu finanzieren.

Wir dürfen Entwicklungen nicht nur von Finanzierungsfragen abhängig machen, die teilweise nicht durch die Stadt Pirmasens verursacht werden.

Es gibt zwar Entwicklungen, die wir ohne großen finanziellen Aufwand voranbringen können und auch teilweise erhebliche Einsparpotentiale, aber auch dies hat Grenzen.

Letztendlich danken wir der Stadt, dass sie im Bereich der Grundsteuer, den Verhandlungsspielraum der Kommunalaufsicht nach unten bewegt hat. Wir wissen alle, dass diese bestimmt gerne höhere Punktwerte gesehen hätte. Aber auch der ADD danke ich, dass sie die konstruktiven Gespräche mit der Stadt eingegangen sind.

Die Belastung für Eigentümer und Mieter werden hier vorläufig in Grenzen gehalten. Denn höhere Grundsteuer bedeutet höhere Mieten. Im sozialen Bereich bedeutet dies höhere „Kosten der Unterkunft“.

Erlauben Sie mir aber auch ein paar thematische Anmerkungen.

Zuletzt durfte ich am 10.02.2020 über den Haushalt sprechen. Dann kam Corona, und die Aufgaben und Verantwortung verschoben sich in Richtung Gesundheitsschutz.

An dieser Stelle sei der Stadt, dem Krankenhaus und auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Gesundheitswesen gedankt.

Mir ist bewusst, dass dies nicht den Stress von den Schultern nimmt, aber es ist uns wichtig hier den Dank auszusprechen.

Aber gerade Corona hat einige thematische Punkte nochmal aufs Tablett gerufen und auch wie ein Beschleuniger gewirkt.

Vornean der Punkt der Digitalisierung. Die Pandemie zeigt im Bereich der Telemedizin, im Sport und auch in der öffentlichen Verwaltung auf, wo wir noch besser werden können. Gemäß unserem Koalitionsvertrag mit CDU, FWB und Bündnis 90 Die Grünen, wollen auch wir Freien Demokraten die Digitalisierung schnell vorantreiben.

Wichtig in diesem Bereich ist, dass die Digitalisierung als Gesamtkonzept und nicht als Einzelmaßnahme gedacht wird. 10 – 20 % kommunaler Prozesse binden bis zu 80% der personellen Ressourcen. Da diese aber Kernprozesse darstellen, müssen Maßnahmen gerade diese optimieren und dabei Anwender, Nutzer und Verwaltung optimieren. Diese Prozessoptimierung kann dann ein durchschnittliches Einsparpotential von 34% der Verwaltungsaufwände aufzeigen. Daher ist es nur logisch, dass nicht unterschrittpflichte Vorgänge (Bsp. Hundeanmeldung) maximal digitalisiert werden. Es wird den Bürgerinnen und Bürgern die Freiheit und die Möglichkeit gegeben, eben diese Vorgänge bequem und einfach digital zu erledigen.

Deshalb begrüßen wir auch Netzwerke wie PS: Digital die alle Facetten der Digitalisierung unter die Lupe nimmt.

Auch unter Corona gelitten, hat ganz klar der Tourismus. Eine große Aufgabe wird es sein, die Kooperationen mit Landkreis und weiteren Partnern wiederzubeleben und weiter auszubauen.

Denn auch hier steckt nicht nur Entwicklungspotenzial für die Region und deren Zukunft, sondern auch eine bessere Marktwirkung und Synergieeffekte für personelle und monetäre Ressourcen im Bereich Gastgeberverzeichnis und bei angrenzenden Gewerben. Zusätzlich bringen diese Maßnahmen weitere Einnahmen, z.B. durch mehr Museumsbesuche, Besuche im Dynamikum oder in der Jugendherberge.

Damit in Verbindung stehen auch weitere Aufgaben, wie das zukünftige Mobilitätsverhalten oder aber auch der Straßenbau und die Attraktivität der Vororte.

Das Mobilitätsverhalten spiegelt sich auch im neuen NVG. Nicht nur Bus und Bahn, sondern auch E-Bikes oder Carsharing sind wichtige Anker in diesem Bereich. Daher begrüßen wird die Neuauflage des Verkehrsplanes, des Radwegeplanes und des Parkraumkonzeptes. Dies sind Parameter, die die Belange der Einwohnerinnen und Einwohnern, aber auch die der Besucher unserer Stadt erfüllen.

Gleiches gilt aber auch für den Straßenbau. Es wird erforderlich sein, an der zügigen Umsetzung von Maßnahmen der letzten Jahre anzuknüpfen, um das Stadtbild und die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger zu steigern.

Damit in Verbindung steht auch der Klimawandel. Absolut löblich herauszuheben, sind die Maßnahmen im Bereich des Umweltschutzes. Die jüngeren Generationen legen hier bekanntlich viel Wert darauf. Die Stadt zeigt mit zahlreichen Maßnahmen wie sie diese Interessen, auch aus dem Koalitionsvertrag, bedient.

Weitere Punkte die Menschen in unsere Region ziehen und zum Herziehen bewegen finden sich natürlich in weiteren Rahmenbedingungen.

Zum ersten die Schaffung von Arbeitsplätzen. Hier wurde ein wichtiger Baustein für die Husterhöhe gelegt, welchen man mit dem Besuch bei den Amerikanern legen konnte.

Auch die Wirtschaftsförderung mit ihrem Leiter Mark Schlick ist ein essenzieller Teil des Ganzen. Zahlreiche Netzwerke PS:Kreativ, PS:NIPS oder PS-WIPPS helfen bei der Gründung, der Neuansiedlung oder Expandierung und somit auch der Schaffung neuer Arbeitsplätze und der Modernisierung der Unternehmen sowie der schon bestehenden Arbeitsplätze.

Daher bekräftigen wir auch heute unseren Wunsch eine personelle Aufstockung der Wirtschaftsförderung zu prüfen.

Zum zweiten sei auch die Freizeit der Menschen zu nennen. Gesellschaftspolitisch nennen wir hier die Kultur inklusive Events. Wir sehen alle gespannt der Zeit nach Corona entgegen. Umso wichtiger wird es sein, sich darauf vorzubereiten. Die Menschen haben sich massiv eingeschränkt und sehnen sich nach Ausgehen mit Freunden bzw. einfach uneingeschränkter Freizeitaktivitäten.

Dies beinhaltet neben schlagkräftigen Stadtfesten auch die Durchführung von kulturellen Angeboten. Wir Freien Demokraten haben auch im Bereich des Stadtfestes Anregungen geben. Ein großes Fest, mit allen Akteuren, Vereinen und Ehrenamtlichen mit Ausstrahlung über die Stadtgrenzen hinweg.

Deshalb ist es wichtig neue Ideen (angemerkt sei hier die Idee des Marktfrühstücks) und die Stärke unserer kulturellen Angebote zu stabilisieren (Stichwort Dynamikum).

Denn Pirmasens hat das Potenzial Geschichte, Kultur, Wirtschaft und Menschen zu verbinden.

Stichwort Menschen mit der Region verbinden. Wir Freien Demokraten freuen uns, wenn private Investoren mit Ideen vorangehen. Deshalb stehen wir für offene Kommunikation mit diesen ein und wollen jeder Idee die Chance geben gehört zu werden.

Als weitere Freizeitaktivität sei aber auch der Sport zu nennen. Schwer eingeschränkt unter Corona ist es hier wichtig, gerade Projekte wie den Pfälzerwald Marathon oder den Triathlon aufrechtzuerhalten.

Auf Grund der Zeit möchte ich mit einem, für uns Freien Demokraten, wichtigen Thema schließen.

Die medizinische Versorgung. Unser Krankenhaus ist hervorragend in seiner Qualität und Versorgung. Auf der anderen Seite haben wir aber Herausforderungen in der hausärztlichen und fachärztlichen Versorgung zu meistern. Auch hier wünschen wir Freie Demokraten uns etwas „mehr Zug“ im Bereich der Kooperationen wie z.B. das Medi-Netzwerk. Auch Beratungsangebote der KV für die Kommune und für interessierte Mediziner müssen noch mehr in die Öffentlichkeit getragen und genutzt werden. Von der Stadt würden wir uns heute wünschen, Prozess zur „Digitalisierung in der Medizin“ – gerade nach Corona - weiter mit voranzutreiben. Wir haben den Anspruch Vorzeigeregion zu werden.

Unsere Stadt hat erhebliches Potential.

Für die Zukunft weiß ich, dass die Koalition gemeinsam mit der Stadtspitze für weitere Verbesserungen einsteht.

Danke.“

Ratsmitglied Sheriff verliest die Haushaltsrede:

„Sehr geehrte Ratskolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Verwaltungsspitze.

Wir werden heute, anders als gedacht, nur über den Haushaltsplan 2022 für die Stadt Pirmasens abstimmen.

Auch für dieses Jahr, rechnet man mit deutlich höheren Steuereinnahmen, die allerdings nicht reichen werden, um unseren Fehlbedarf aufzufangen. Die Schlüsselzuweisungen sinken weiterhin, obwohl besonderes im Sozialetat die Ausgaben immer mehr steigen. So müssen wir von einem Jahresfehlbedarf von rund 19 Millionen € ausgehen. Da werden auch die rund 550.000 € nicht reichen, die wir jetzt zusätzlich durch die Erhöhung der Grundsteuer B bekommen.

Bereits im vergangenen Doppelhaushalt 2020/21 mussten wir eine Erhöhung vornehmen, um eine drohende Handlungsunfähigkeit abzuwenden. Geholfen hat uns das Langfristig aber nur wenig. Wir werden trotzdem der Erhöhung der Grundsteuer auf 510 Punkte zustimmen, weil wir uns genau wie beim letzten Haushalt keine Handlungsunfähigkeit erlauben können.

So sehen wir gespannt auf die Landesregierung die den kommunalen Finanzausgleich hoffentlich so ausrichtet, dass eine künftige Neu- und Überschuldung vermieden werden kann. Wir haben dabei die Hoffnung, dass mit einer Entschuldung weitere Ziele, die in unserem Koalitionsvertrag vereinbart sind, in Angriff genommen werden können.

Im Haushalt sind 2022 Investitionen in Höhe von rund 19,5 Mill.€ geplant. Auch dieses ist, wie in den vergangenen Jahren, vor allem im Bereich Jugend und Bildung geplant. Wir müssen nachhaltig die geplanten Schulsanierungen, Neubauten und die Digitalisierung in den Schulen fortführen, um den Bildungsstandort Pirmasens und so die Zukunft unserer Kinder zu sichern. Die Kinder waren es, die am meisten unter der Pandemie leiden mussten und die sind es jetzt auch, in die am meisten investiert werden muss.

Deshalb begrüßen wir es, dass im Bereich Kindertagesstätten Geld für Neubauten bzw. Erweiterungen im Innenstadtbereich bereitgestellt wird.

Die Weiterführung unseres Straßenbauprogramms unter Einbeziehung des neuen Verkehrskonzeptes ist dringend notwendig. Ein gutes Beispiel ist dafür der geplante Ausbau der Strobelallee und die Umgestaltung im Bereich Darmstädter Straße. Das Einbeziehen der Anwohner ist dabei sehr gut gelungen.

Auch wenn die Pandemie vieles verzögert hat, so sehen wir die Erstellung des Radverkehrskonzeptes und des Parkraumkonzeptes als ein wichtiger Bestandteil für die Verbesserung des Klimaschutzes und Gleichberechtigung der unterschiedlichen Verkehrsteilnehmer. Dies ist uns ein wichtiges Thema und wir werden die Umsetzung konstruktiv begleiten.

Die Stadtentwicklungsprojekte müssen fortgesetzt werden.

Die Neugestaltung der Hauptstraße zwischen Sandstraße und Pfarrgasse bietet viel Potenzial einer innovativen Veränderung für mehr Lebensqualität in der Innenstadt. Nutzen wir diese für eine zukunftsweisende Veränderung für Alt und Jung. Und den Blick auf den Rest der Fußgängerzone mit einem Gesamtkonzept, in dem sich Handel, Wohnen und Lebensqualität ergänzen mit Ökologie und Nachhaltigkeit. Für eine Fußgängerzone in die Pirmasenserinnen und Pirmasenser gerne gehen und sich wieder wohlfühlen können.

Wir stehen vor großen Herausforderungen. Die Pandemie hat vieles verändert. Viele Menschen haben ihre Existenz verloren. Geschäfte, Restaurants, Cafés und Kneipen mussten schließen. Das hat unser Stadtbild verändert. Aber auch die Menschen haben sich verändert. Viele unserer MitbürgerInnen haben das Vertrauen in uns verloren,

Das macht mir persönlich Kummer. Ich hoffe, wir können uns als Stadtgesellschaft, nach der Pandemie, noch alle in die Augen sehen.

Deshalb will ich mich an dieser Stelle bei den vielen MitarbeiterInnen der Stadt, für ihren Einsatz in den letzten zwei Jahren bedanken. Die es trotz aller Widrigkeiten geschafft haben, die Verwaltung am Laufen zu halten, das Impfzentrum aufzubauen und zu besetzen und uns mit Kreativität und Erfindungsreichtum durch die Pandemie gebracht haben. Vielen Dank dafür.

Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen stimmt dem Haushalt 2022 nebst allen Anlagen zu.“

Ratsmitglied Eschrich verliest die Haushaltsrede:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Zwick, gestatten Sie mir ein paar Bemerkungen zu aktuellen Ereignissen in der Stadt. Augenscheinlich sind die sogenannten Montagsspaziergänger von Ihrem Verständnis für diese Aufführungen und wie Sie für deren Meinungsfreiheit eintreten, begeistert. Nach der Menschenwürde ist die Meinungsfreiheit das wohl das höchste Gut unserer Verfassung, aber um welche Meinung geht es eigentlich? Mir ist keine Meinungsäußerung der sogenannten Spaziergänger bekannt, ganz im Gegenteil behaupten die Teilnehmer gebetsmühlenartig, bei ihrem gemeinsamen Gang durch die Fußgängerzone handle es sich nicht um einen politischen Protest, sondern man wolle nur frische Luft schnappen und träfe sich ganz zufällig montags um Sechs auf dem Exe. Wie lange sollen wir uns eigentlich noch auf den Arm nehmen lassen? Wohl noch ziemlich lange, denn Sie, Herr Oberbürgermeister, und die gesamte Stadtspitze haben dieser üblen Verschleierungstaktik ihren amtlichen Segen erteilt. Es gehört zu der perfiden Strategie dieses bundesweit agierenden, demokratiefeindlichen Netzwerks, sich harmlos und unbescholten zu geben. Deshalb ist es absurd zu argumentieren, die Aufmärsche verliefen friedlich und außer ein paar Maskenpflichtverstößen wäre alles in Ordnung. Nein, ist es nicht! Die Montagsspaziergänger verschweigen bewusst ihre politischen Absichten und akzeptieren, dass sich mitten unter ihnen Nazis, Reichsbürger und Verschwörungstheoretiker bewegen. Davon distanzieren sich auch die von Ihnen gehätschelten Spaziergänger in Pirmasens nicht, deshalb sollten Sie über Ihr Demokratieverständnis gründlich nachdenken, Herr Oberbürgermeister, denn Drahtzieher und verdeckt operierende Organisatoren sind u.a. die AfD und rechtsextremistische Verfassungsfeinde.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Herren Maas und Clauer, was sollen die Menschen, die sich solidarisch mit ihren Mitmenschen verhalten, sich impfen lassen und sich und andere vor schwersten Erkrankungen schützen, eigentlich von Ihrem Verständnis für die sogenannten Montagsspaziergänger halten? Was glauben Sie, wie sich dabei die Krankenschwester fühlt, die bis zur Erschöpfung meist ungeimpfte Corona-Patienten behandeln muss? Woher sollen Einzelhändler, Gastronomen und andere Berufsgruppen, das Verständnis für existenzbedrohende Restriktionen nehmen, wenn sich andere über das Tragen einer Maske beschweren und dafür Staat und Gesellschaft auf der Nase herumtanzen dürfen?

Sehr geehrte Damen und Herren,

kommen wir zu grundsätzlichen Themen der kommunalen Finanzpolitik. Die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) zieht erneut ihr schärfstes Schwert und droht mit Nichtgenehmigung des städtischen Haushalts, sollte in der Haushaltssatzung keine Erhöhung der Grundsteuer B verankert werden. Diesem Versuch, die kommunale Selbstverwaltung endgültig ad absurdum zu führen, erteilt die Stadtratsfraktion DIE LINKE – PARTEI eine klare Absage. Zum Grundgesetz und der darin verankerten kommunalen Selbstverwaltung lassen wir uns auf keinen Kuhhandel ein und feilschen nicht mit der ADD um Hebesätze, weder in diesem, noch im nächsten Haushaltsjahr. Grundsätzlich gibt es keine Einwände, im Sinne

von sozialer Gerechtigkeit Hausbesitzer oder Gewerbetreibende stärker an der Finanzierung des Allgemeinwohls in einer von Armut geprägten Stadt zu beteiligen. Aber nicht in dieser Art und Weise und nicht für eine marginale Verringerung des Schuldenbergs, von der im realen Leben niemand etwas hat. Nach der OB- Wahlkampfgranate von 2017 mit dem ersten ausgeglichenen Haushaltplan für 2018 seit vielen Jahren sollte in Pirmasens ein neues Zeitalter anfangen. Diese Euphorie hielt genau bis zum nächsten Nachtragshaushalt. Das Haushaltsdefizit stieg seitdem wieder kräftig an und wird von 2021 mit fast 16 Millionen bis 2023 mit über 20 Millionen Euro eingeplant. Die Bundes- und Landespolitik zündet seit vielen Jahren eine Nebelkerze nach der anderen. Angefangen vom Kommunalen Entschuldungsfonds des Landes, der nicht entschuldet, bis zum mehrfach versprochenen Schuldenschnitt. An der eigentlichen Haushaltsmisere der Stadt Pirmasens ändert dies freilich nichts. Denn die Pirmasenserinnen und Pirmasenser haben im praktischen Leben in einer abgewirtschafteten Stadt überhaupt nichts davon, wenn Altschulden nachträglich nach unten korrigiert werden, solange die laufenden und weiter steigenden Sozialausgaben nicht endlich gedeckt werden. Schuldenabbau ist kein Wert an sich, entscheidend ist, ob die Stadt ihrer sozialen Verantwortung für das Wohl der hier lebenden Menschen gerecht werden kann! Davon sind wir heute genauso weit entfernt, wie vor 10 oder 20 Jahren. Solange den Kommunen übertragene Aufgaben nicht auskömmlich finanziert werden, wird sich an dieser Situation auch nichts ändern, werden in Städten wie Pirmasens mit viel Armut und hohen Sozialausgaben die Defizite wachsen und wird der politische Handlungsspielraum den wir, verehrte Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat, haben, weiter gegen Null tendieren. Heute, zwei Klagen gegen den kommunalen Finanzausgleich des Landes Rheinland-Pfalz und viele Jahre später, ist mein Vertrauen in den guten Willen der politischen Akteure erschöpft. Gefunden und geurteilt werden immer nur Formelkompromisse, Verschlimmbesserungen wie neue Schlüsselzuweisungen oder Vertröstungen in die nächste Legislaturperiode. Es geht nicht um die Wiederherstellung des Sozialstaats oder der Kommunalen Selbstverwaltung, sondern um die Vermeidung von politisch schmerzvollen Veränderungsprozessen, die freilich notwendig wären. Wer Armut verringern und die Situation der hier lebenden Menschen verbessern will, der muss dies sofort und heute tun. Wer damit weiter wartet, bis sich das Land Rheinland-Pfalz an seine eigene Verfassung hält oder Gerichte dem Konnexitätsprinzip Geltung verschaffen, dem fehlt es am politischen Willen, sich für das Allgemeinwohl einzusetzen. Letztlich scheint es vielen Beteiligten auf allen politischen Ebenen schlicht egal zu sein, wie es sich am unteren Rand der Gesellschaft lebt. Zugebenermaßen sind wir als Stadtrat nur ein kleines Rädchen im kapitalistischen System der Ausbeutung und Entrechtung, aber wir funktionieren mehrheitlich brav und zuvorkommend.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

leider tut sich in der praktischen Politik zu den großen Herausforderungen unserer Zeit herzlich wenig. Die Ampeln in Berlin und Mainz wollen genau wie alle anderen Farbkonstellationen der letzten Jahrzehnte den Pelz waschen, ohne ihn nass zu machen. Sozialstaat ausbauen, Klimawende, Verkehrswende, Energiewende, Schuldenabbau. Dies sind 5 Generationenaufgaben, die alle bewältigt werden sollen und für die als ausführende Organe einmal mehr die Kommunen am unteren Ende der kapitalistischen Nahrungskette vorgesehen sind. Das Ganze ohne Steuererhöhungen und ohne neue Schulden, bei schwacher Konjunktur und zusätzlichen Milliardenausgaben zur Pandemiebewältigung. Dagegen ist die Quadratur des Kreises eher einfach. Bei dieser politischen Großwetterlage ist es ausgeschlossen, dass sich für die kommunalen Haushalte etwas zum Besseren bewegt, denn auf die angemessene Heranziehung von hohen Einkommen, Gewinnen und Vermögen zur Finanzierung dieser Aufgaben wird weiterhin verzichtet.

In Pirmasens selbst zahlen immer weniger Bürgerinnen und Bürger überhaupt noch Steuern, weil immer mehr Geringverdiener sind, aus Krankheits- oder Altersgründen aus dem Erwerbsleben ausscheiden oder soziale Transferleistungen beziehen. Die letzten Einzelhändler und Gastronomen kämpfen in der Pandemie ums Überleben, die Pro-Kopf-Verschuldung

erreicht neue Rekorde, die Kaufkraft schwindet weiter, wirtschaftliches Wachstum ist nicht in Sicht. Der vor einigen Jahren noch überwunden geglaubte Bevölkerungsschwund nimmt wieder an Fahrt auf, die geplanten Großprojekte Stadtgalerie und Schuhstadt haben sich in Luft aufgelöst, die Stadt schiebt einen Sanierungsstau bei der Infrastruktur im dreistelligen Millionenbereich vor sich her. Mittelstand, Handwerker und die wenigen Großunternehmen finden kaum noch qualifiziertes Personal, weil die geburtenstarken Jahrgänge das Rentenalter erreicht und die Generation Hartz IV ihrem Schicksal überlassen wurde. Wer wollte angesichts dieser düsteren Lage noch positiv in die Zukunft schauen?

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

was ich der Stadtspitze vorwerfe, ist nicht die Ausweglosigkeit der Situation oder die geringen Handlungsspielräume. Was ich Ihnen vorwerfe, ist der unehrliche Umgang und die Errichtung von potemkinschen Dörfern. Zum Beispiel Investitionen in Bildung von 12,7 Millionen Euro in den kommenden Jahren. Das klingt zunächst mal gut und erweckt in den Augen der Bürgerinnen und Bürger den Eindruck, die Stadt investiert in die bessere Bildung ihrer Kinder. In Wahrheit fließt der größte Teil dieser Gelder in die Taschen der beauftragten Bauunternehmer, die sich mit immer höheren Forderungen hemmungslos an öffentlichen Geldern bereichern. Die ursprünglich mit 4,8 Millionen veranschlagte Sanierung der Realschule Plus an der Alleestraße schlägt inzwischen mit 17 Millionen Euro zu Buche und ist nicht einmal fertig. Eine extrem teuer bezahlte Instandhaltungsmaßnahme für eine Sandsteinfassade, die angeblich stadtbildprägend ist und mit dem vermeintlichen Standortvorteil Innenstadt punkten will. Dabei ist die Pirmasenser Innenstadt ein Sanierungsfall mit über 90 Prozent marodem Gebäudebestand, der sich immer mehr zu einem großflächigen sozialen Brennpunkt und Armutsghetto entwickelt, ein Stadtzentrum, dass sich immer weiter entleert und in dem nur die Hoffnungs- und Perspektivlosen zurück bleiben. Was haben eigentlich die Schülerinnen und Schüler von diesem teuer sanierten Standort, was nicht woanders für die Hälfte an Geld und Zeit hätte realisiert werden können? Die Pandemie hat der großspurig geplanten Innenstadtentwicklung mit aufblühendem Handel, Gewerbe und Gastronomie endgültig den Todesstoß versetzt. Auf dem Gelände der ehemaligen Kaufhalle befindet sich nun der Platz der Großen Leere und eben kein Schuhfachmarktzentrum, die Stadtgalerie lässt grüßen. Wenigstens scheint der Verkauf der Grundstücke nun unter Dach und Fach zu sein. Kürzlich fiel mir der Masterplan Innenstadt aus dem Jahr 2015 mal wieder in die Hände, meine Güte, was wurde da alles zusammenphantasiert und angekündigt. „Wie Sie sehen, sehen Sie nichts“ hätte dazu Kuhlenkampf gesagt, die Älteren werden ihn noch kennen. Die bildgewaltig gefeierte Ästhetik der leeren Fabrikhalle hat ihren Charme verloren und sie ist nun wieder das, was sie ist. Ein düsterer alter Schuppen, kurz vorm Zusammenfallen.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

vielleicht formen Sie zukünftig einmal kleinere Brötchen, nämlich solche, die Sie auch backen kriegen! Vielleicht bauen Sie in Zukunft weniger Luftschlösser und kümmern sich darum, dass sich die Pirmasenser Innenstadt nicht weiter in Richtung Geisterstadt entwickelt. Das Schlimme an dieser Stadt sind nicht ihre Schulden, nicht die gescheiterte Schulrochade, nicht der Niedergang des Einzelhandels oder überzogene Masterpläne und geplatzte Großprojekte, denn davon ist die Masse der Bevölkerung kaum betroffen. Das Schlimme ist das Leid der hier lebenden armen Menschen und die Arroganz der Macht. Mehr als 10 Jahre mussten wir die Trommel rühren, um 70 Cent mehr Nettomiete pro Quadratmeter für Sozialleistungsbezieher durchzubekommen. Das ist das Armutszeugnis, das ich der Mehrheit des Stadtrats und der alten und neuen Stadtführung ausstellen muss. Ironischerweise hat sich Klassenbewusstsein als bestimmender Faktor durchgesetzt, wer hätte das gedacht. Allerdings nicht das Bewusstsein der Arbeiterbewegung, sondern das Bewusstsein derer mit üppigen Gehältern und Haus im grünen Vorort. Von Herrn Rothaar haben wir gehört, wie sich

die Situation am unteren Ende der Einkommensgesellschaft entwickelt. Immer mehr Kinder verwahrlosen, müssen staatlich betreut werden oder landen in Heimen. Wir alle haben zugelassen und zugeschaut, als man arbeitssuchenden Menschen die persönliche Schuld an diesem Umstand nicht nur zugeschoben, sondern diese Schuld erst erfunden hat. Man nannte dies Fördern und Fordern. Es ist bereits die zweite Generation Hartz IV, die ihre Entrechnung, Entwertung und Demütigung zwangsläufig an die eigenen Kinder weitergegeben hat, die nun ebenfalls nicht mit ihrem Leben klarkommen. Der Pakt für Pirmasens, die Bertelsmann prämierte Beruhigungsspielle für das schlechte Gewissen, hat während der zugespitzten Pandemielage wenig von sich hören lassen. Die einzig bekannte Initiative sollte als Armenspeisung „Horeb to Go!“ in die Geschichte eingehen. Tatsächlich herausgekommen ist dabei viel Rauch um Nichts. Im Übrigen geht die Stadt mit ihren Arbeiterinnen und Arbeitern genauso schlecht um wie mit ihren Bürgerinnen und Bürgern. Seit der Privatisierung und gefeierten Gründung des WSP wurden mindestens 40 Stellen in diesem arbeitsintensiven Bereich abgebaut. Die Folgen sind Stress, hohe Arbeitsbelastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Überstunden, die sich in krankheitsbedingten Ausfällen und immer eingeschränkten Leistungen manifestieren. Auch dieses Beispiel zeigt wie in allen anderen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge: Das Ende der Fahnenstange ist erreicht und der Sparzwang geht längst an die Substanz.

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu einer desaströsen und inhumanen Sozialpolitik gesellt sich nun das Damoklesschwert einer zusammenbrechenden Gesundheitsversorgung. Und nein, ich meine nicht in erster Linie das Krankenhaus, in dem ungeimpfte Spaziergänger auf der Intensivstation versorgt werden müssen, sondern die ambulante ärztliche Versorgung in Pirmasens. Insbesondere Allgemeinmediziner und Hausärzte sind total überlastet und nehmen keine neuen Patienten mehr auf. Für viel Geld wurden Gutachten erstellt und Ärzte-Akquisiteure bezahlt, runde Tische und Konferenzen veranstaltet, Bündnisse gegründet und die regionale Werbetrommel gerührt. Alles für die Katz. Der Ärztemangel ist genauso und schlimmer Realität geworden, wie er vor Jahren berechnet wurde. Die sogenannte Allianz gegen den Ärztemangel ist ein zahnloser Papiertiger, der tatenlos der immer größere werdenden Versorgungslücke zugeschaut und kürzlich seine politische Kapitulationserklärung als Plattform „Hello Doc“ ins Netz gestellt hat. Der Markt soll es richten, war die Antwort auf die Bemühungen unserer Fraktion, wenigstens die geringen, kommunalen Möglichkeiten, zu nutzen, um die Ansiedlung neuer Ärztinnen und Ärzte zu befördern. Erfolgreiche Modelle und Beispiele anderer Kommunen wurden ignoriert und demnächst werden viele Patientinnen und Patienten vor verschlossenen Türen stehen.

Die Stadtratsfraktion DIE LINKE – PARTEI lehnt den Haushalt 2022/23 und die Haushaltsatzung ab.“

Ratsmitglied Weber verliest die Haushaltsrede:

“Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrter Herr Beigeordneter,
sehr geehrte Verwaltung.

Zunächst Ihnen allen ein Dank und Lob für die Arbeit, die ich seit mehr als 2 Jahren genauer beobachten durfte.

Sehr geehrte Kollegen im Stadtrat,
und sehr geehrte Vertreter der Medien und interessierte Zuschauer.

Lassen Sie mich mit Zeilen beginnen, die mir beim Studieren des Haushaltes wiederholt durch den Kopf gingen:

*Sein Blick ist vom Vorübergehn der Stäbe
so müd geworden, dass er nichts mehr hält.
Ihm ist, als ob es tausend Stäbe gäbe
und hinter tausend Stäben keine Welt.*

Waren es beim letzten Doppelhaushalt noch mahnende Worte aus der Feder von Johann Wolfgang von Goethe, so sollen diese mahnenden Worte von Rainer Maria Rilke das Fortschreiten der schwierigen, ja eklatanten Situation, beschreiben. Seit nunmehr zwei Jahrzehnten wächst das Defizit und der damit verbundene Schuldenberg.

Die Verwaltung müht sich ab, in dem von Land und Bund im Stich gelassenen System, noch das Beste für das Überleben zu kreieren. Gefangen hinter genau jenen Stäben tobt der Kampf gegen die Müdigkeit hin zu dem Willen, irgendwie zu überleben. Hinter den tausend Stäben erscheint ein Lichtblick, ein Hoffnungsschimmer. Jene Hoffnung, die zuletzt in Berlin verhindert wurde. Doch nun ist im Land und Bund genau jene Regierung, die sich dafür einzusetzen gelobte. Auch Gerichte musste dafür bemüht werden, den Finanzausgleich bedarfsgerechter zu gestalten.

Und doch stehen wir an einer Situation des Wartens. Das Warten auf jene, die dann auch bezahlen, was sie bestellen.

Doch, bevor das Ergebnis – vielleicht – Realität werden wird, erinnert es an Goethes Vers, des Kaisers mahnende Worte: *„Der Worte sind genug gewechselt, // Laßt mich auch endlich Taten sehn; // Indes ihr Komplimente drechselt, // Kann etwas Nützliches geschehn.“*

Denn, so ist es aktuell, wird uns, erneut das Messer auf die Brust gesetzt. Es wird verlangt, daß wir die Grundsteuer erhöhen. Beim letzten Haushalt, als die Grundsteuer aus dem gleichen Grund erhöht werden musste, erwähnte ich bereits, daß es bei diesem Haushalt wieder so sein wird.

Manchmal ist es deprimierend, Recht zu haben.

Die ADD, die nach über zwei Jahren noch keinen Plan wegen der Thüga hat, macht es sich – wieder – einfach. Steuererhöhung oder keine Genehmigung des Haushaltes.

Literarisch schleicht sich das Bild vom Sheriff ein, der für Johann Ohneland die Existenz zu sichern versuchte. Des Letzteren Bruder auch drei Wochen Gast einer Burg in unserer Nähe war.

In einer Zeit, in der ein Jeder Befürchtungen – ja Angst – vor den kommenden Jahren hat, eine Zeit, in der die Heizkosten, die Stromkosten, die Spritpreise in die Höhe schießen, fällt den vermeintlichen Kontrolleuren nicht Besseres ein, als die Steuer zu erhöhen. Man könnte meinen, es soll andere Fehlleistungen kaschieren, denn sonst bliebe nur die ahnungslose Unfähigkeit als Erklärung.

Immerhin bleibt positiv anzumerken, daß es, wie bereits früher wiederholt bemerkt, wenig Sinn macht, in diesen planlosen Zeiten, einen Doppelhaushalt aufzustellen, da die Finanzlage kaum ein Jahr vernünftig zu planen ist, geschweige denn über zwei Jahre..

Doch zurück zum eigentlichen Haushalt 2022/2023.

Es wird mit höheren Einnahmen bei Einkommenssteuer und Gewerbesteuer gerechnet. Eine Schätzung. Doch wo soll diese Schätzung fußen?

Wir stecken immer noch in Maßnahmen der Pandemie, während andere europäische Länder lockern oder die Maßnahmen gänzlich abschaffen. Und bei uns wird bereits von der Welle im Oktober geredet. Wohl dem, der ohne Pandemie seine Dauerkarte bei Lanz, Maischberger und co. verliert.

Doch wie soll diese Steigerung kommen, wenn eher mit zahlreichen Insolvenzen zu rechnen ist. Diese Insolvenzen werden auch weitere Jobverluste mit sich tragen. Auch hier hoffe ich, daß ich mich irre. Doch irre ich nicht, so steigt das Defizit auf weitere Millionen – in der Hoffnung, daß es dann doch von Land und Bund ausgeglichen wird.

Bricht das alles zusammen oder der Haushalt wird nicht genehmigt, so droht ein teilweiser Stillstand. Die Pflichtausgaben bleiben, doch freiwillige Ausgaben sind gestrichen. Wobei das jeder private und unternehmerische Haushalt kennt. Fehlt es an Geld und Liquidität, so sind es die freiwilligen Ausgaben, die als erstes gestrichen werden müssen.

Tragisch, daß eben jenes Geld in Fülle vorhanden sein könnte, würden die Pflichtaufgaben auch finanziert werden.

Folgt, bevor ein Schuldenschnitt und finanzielle Ausstattung erfolgt, eine Zinsanhebung, die schließlich als Gegenmaßnahme der Inflation kommen müsste, werden die Zahlleistungen weitaus schlimmer werden, was Pirmasens quasi in den Ruin treiben könnte.

Aber bis dahin beschäftigen wir uns mit Parkraumkonzepten, Radfahrwegen, Verkehrskonzepten, Einzelhandelskonzepten und auch mit einem äußerst bedenklichem Smart-City-Konzept. All das kann sich schnell erledigen. Denn wenn das Geld fehlt, scheitern alle Konzepte – nicht nur der Aus- und Umbau, die zwar gefördert werden, jedoch der Eigenanteil trotzdem Kosten verursacht.

Die Zukunft wird weitere Probleme verursachen. Es drohen mehr Arbeitslose, mehr Sozialfälle und auch eine Zuwanderung wird nicht abnehmen. All das sind wiederum Pflichtaufgaben, die wiederum nicht gegenfinanziert sind. Ob die profine uns mit einem neuartigen Chemiecocktail als Impfstoff aus der Schuldenfalle helfen wird, kann hier durchaus bezweifelt werden. Somit werden sich zukünftig die Stäbe nicht lockern sondern vielmehr gefestigt werden – womöglich mit Mauersteinen ergänzt.

Mitte März droht das nächste Desaster im Gesundheitswesen. Wo früher versprochen und geklatscht wurde, herrscht nach den Wahrheiten, daß es eben nur Versprechen vor der Wahl waren, Angst und die Suche nach anderen Jobs. Und dieser Frust wurde durch die Pandemie offenbar und bestand bereits zuvor. Doch die Wahlen sind eben vorbei. Und hier sind dann weitere Kosten durch Arbeitslosigkeit zu befürchten.

Als habe man hier mit den Bedarfsgemeinschaften, die bereits vom Amt leben – und das ist damit jeder achte, der in Pirmasens lebt, nicht schon genug Belastung.

Dafür werden 10,5 – dringende – Stellen geschaffen. Für KiTa-Sozialarbeit, Fachkräfte Diversität und interkulturelle Fachkräfte.

Es zwingt sich die Frage auf, ob man sich nicht von Dingen trennen sollte. Auch hier wieder die Erkenntnis der privaten und unternehmerischen Haushalte. Fehlt das Geld, muss man hier und da einsparen, vielleicht auch Dinge verkaufen, die man nicht zwingend braucht.

Sehen wir uns das Forum alte Post an. Geschickt wurden Kosten ins Gebäudemanagement verschoben, um die drastischen Belastungen etwas erträglicher zu gestalten. Zusammen

kostet uns das kulturelle Spielzeug 775.000 Euro. Ein Hohn, wenn die Grundsteuererhöhung gerade mal 550.000 einbringt.

Ähnliches zeigt sich beim GriPS. Fernab der Grundidee, steht das Gebäude weitgehend leer. Gründerinnen suchen sich selbst für ihre Projekte geeignete Räume und sind dabei erfolgreich. Demnach könnte das Gebäude an einen potenten Investor verkauft werden – aber bitte nicht aus Kuwait, da sind aktuell die Erfahrungen nicht gerade besonders gut.

Das alles sind lediglich ein paar Anmerkungen zum 677 Seiten starken Haushalt, bei dem wir noch nicht wissen, in welcher Form dieser vom Stadtrat verabschiedet wird. Auch bleibt noch offen, welche Einsicht die ADD hat. Eine regelmäßige Steuererhöhung wird lediglich eine Flucht der Eigentümer bewirken. Und beruft man sich auf einen Mittelwert, so hat man in den vergangenen Jahrzehnten geschlafen. Pirmasens ist eine sehr schöne Stadt mit vielen Möglichkeiten. Aktuell steht sie jedoch mit Schulden an der Spitze. Schnürt man dem Potential die Luft ab, so erstickt es dann auch. Demnach müsste die Unterstützung von Land und Bund auf das Maximum erhöht, und die Belastungen auf das Minimum reduziert werden. Weltfremde Erklärungen helfen da nicht weiter.

Respekt an unsere Verwaltung, unter diesen Umständen noch gute Arbeit zu leisten. Möge dieser Respekt auch bei Land und Bund ankommen, denn Pirmasens hat ein sehr großes Potential und kann das genutzt werden, dann fließen auch wieder die Einnahmen und somit die Abgaben.

Mit einem unvollständigen Vers möchte ich schließen:

*Nur manchmal schiebt der Vorhang der Pupille
sich lautlos auf -. Dann geht ein Bild hinein,
geht durch der Glieder angespannte Stille –*

Möge die fehlende letzte Zeile, die uns bevorsteht, nicht eintreffen.”

Ratsmitglied Stilgenbauer verliest die Haushaltsrede:

“Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Herren Dezernenten, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen vom Stadtrat,

sicherlich hat niemand erwartet, dass sich die finanzielle Lage unserer Stadt ähnlich fulminant verbessert, wie der Haushalt der Stadt Mainz und des Landes Rheinland-Pfalz.

Bisher hatten wir hatten wir leider noch nicht das Glück, dass ein Unternehmen in unserer Stadt so überaus erfolgreich für die Menschheit forscht und entwickelt, dass das Ergebnis der Arbeit gleichzeitig hilft, eine weltweite Pandemie einzudämmen und den Finanzhaushalt einer Kommune und sogar eines ganzen Bundeslandes zu konsolidieren.

Dass die beiden Menschen hinter diesem Erfolg einen Migrationshintergrund haben ist für mich ein überragendes Beispiel dafür, wie bereichernd es für unsere Gesellschaft sein kann, sich für Neues und vor allem auch neue Mitbürger zu öffnen.

Natürlich gehört zu solch einem Erfolg Glück, aber auch jede Menge Mut und Fleiß.

Mut und Fleiß zeigen auch unsere Stadtspitze und ihr sehr engagiertes Team der Verwaltung.

In allen Ämtern, dem Wirtschafts- und Servicebetrieb, dem Gebäudemanagement aber auch den Tochtergesellschaften Bauhilfe, Krankenhaus und Stadtwerke sind Tag für Tag hoch engagierte Menschen im Einsatz, um das Leben in unserer Stadt lebenswert zu machen.

Ihnen möchte ich gleich zum Beginn meiner Ausführungen sehr herzlich für Ihren Einsatz danken, von dem ich weiß, dass er sehr oft weit über das übliche und geforderte Maß hinausgeht.

Von der Fraktion der Freien Wähler im Stadtrat herzlichen Dank dafür!

Schon seit mittlerweile Jahrzehnten beschäftigt uns die nicht von uns verursachte Überschuldung unserer Stadt.

Durch den maßgeblich von der Verwaltung der Stadt Pirmasens mitentwickelten Entschuldungsfond aus dem Jahr 2012 konnte unser Haushalt innerhalb von 10 Jahren um gut 33 Mio. € konsolidiert werden.

Aufgrund der Verfassungsbeschwerde der Stadt Pirmasens und dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 20.12.2020 kam endlich Bewegung in das Thema

“finanzielle Ausstattung der Kommunen“,

zwar mit immer noch nicht zufriedenstellendem Ergebnis, aber durch die Arbeit des Aktionsbündnis „zur Würde unserer Städte“, einem Zusammenschluss von 70 Städten und Kreisen, aus 8 Bundesländern auf einem guten Weg.

Unabhängig davon versuchen wir, der Stadtrat, die Stadtspitze und die Verwaltung, gemeinsam, so effizient und sparsam wie möglich mit den uns zur Verfügung stehenden, finanziellen Mitteln zu haushalten, um das Bestmögliche für die Pirmasenserinnen und Pirmasenser zu erreichen.

Immer wieder werden wir dabei mit neuen Anforderungen konfrontiert, die unsere Bemühungen wie ein Kampf gegen Windmühlen erscheinen lassen.

Ich möchte überhaupt nicht diese Anforderungen und Aufgaben grundsätzlich kritisieren, neue Kindergartenplätze, mehr Erzieher*innen, mehr Sozialarbeiter*innen oder Feuerwehrleute sind gut, weil sie der Bildung, unserer Sozialgemeinschaft und unserer Sicherheit dienen.

Jeder Euro der für Bildung, die Entwicklung unserer Kinder, das Wohl unserer Senioren oder unser aller Sicherheit ausgegeben wird, ist es wert investiert zu werden.

Aber wer dies über Gesetze, Verordnungen und Erlasse einfordert, muss auch die entsprechenden finanziellen Mittel mitliefern.

Unser Bestreben uns als attraktiver Gewerbe- und Wohnstandort weiter zu entwickeln wird durch mehr als zögerliches Verhalten beim Ausbau der überregionalen Verkehrsinfrastruktur, hier insbesondere der Bundesstraße 10 mehr verzögert als gefördert.

Die eher mindercreative Aktivität der Landesregierung uns mit Hilfe der ADD zu einer Erhöhung der Grundsteuer zu zwingen ist nicht nur kontraproduktiv, sondern bei einer erwarteten Mehreinnahme von lediglich ca. 500 Tsd. € nur ein Zeichen beängstigender Ideenlosigkeit.

Damit möchte ich das Tal des Jammerns aber auch verlassen und auf die vielen Positiven Entwicklungen in unserer Stadt hinweisen.

Wir sind durch eine schwere Zeit der Schrumpfung der Einwohnerzahl und des Wegfalls von Arbeitsplätzen gegangen, die nicht einfach vorbei geht wie eine leichte Erkältung.

Wer aber offenen Auges und ohne Scheuklappen durch unsere Stadt geht kann sehen, dass das Tal durchschritten ist und unser Weg, zwar langsam, aber stetig, nach oben führt.

Unser Straßenausbauprogramm ist eine Erfolgsgeschichte, mit der wir uns vor keiner anderen Stadt ähnlicher Größe und in ähnlicher Situation verstecken müssen.

Die Pirmasenser Plätze, die ideenreich gestalteten und liebevoll angelegten Grünflächen werden von Gästen und Touristen immer wieder sehr gelobt.

Wir haben eine tolle Jugendherberge mit hervorragender Auslastung, und ein leistungsstarkes Hotel- und Gaststättengewerbe, die uns zahlreiche Besucher in unsere Stadt bringen.

Erfolgreiche und expandierende Betriebe bieten gute und gut bezahlte Arbeitsplätze, die Fachkräfte in unsere Stadt locken.

Wenn man der unser aller Leben beeinflussenden Pandemie etwas Gutes abgewinnen möchte, ist es sicherlich die beschleunigte Umsetzung neuer oder wieder entdeckter Arbeitsformen mit zum Teil neuen Namen.

Aus der bereits in den 1960er Jahren in Pirmasens bekannten "Heimarbeit" der Schuhfabrikarbeiterinnen wurde das moderne "Home Office", was einige Menschen dazu bringt Ihre Wohnsituation in Ballungsgebieten zu überdenken und ein Leben in einer lebens- und lebenswerten Mittelstadt vorzuziehen.

Für uns eine riesengroße Chance die wir nicht ungenutzt vorüberziehen lassen dürfen.

Die zahlreichen Bauprojekte in der Stadt sind bereits Beweis einer wachsenden Nachfrage nach attraktiven Wohnungen.

Der bereits frühzeitig auf den Weg gebrachte Ausbau eines leistungsstarken Datennetzes muss konsequent weiter betrieben werden.

Wichtig erscheint mir darauf zu achten, dass wir diese positive Entwicklung nicht einbremsen mit zu euphorischen, oft leider sehr ideologiegeprägten Vorstellungen von einer "besseren Welt".

Niemand wird heute mehr den Klimawandel leugnen, auch nicht den von uns Menschen verursachten Anteil daran.

Trotzdem finde ich wir sollten aufpassen, dass wir nicht blind aufs Spiel setzen, was unser Land erfolgreich gemacht und uns unseren Wohlstand gebracht hat.

Wenn wir die Anbieter von Arbeitsplätzen in andere Länder vertreiben und den Menschen hier den Weg zur Arbeit unbezahlbar machen, wird die Welt nicht besser, aber die Menschen bei uns werden ärmer.

Auch der vermehrt erkennbare Egoismus in unserer Gesellschaft sollte benannt und nicht unterschätzt werden.

Jeder möchte einen Arbeitsplatz so nah und so gut erreichbar in der Nähe seines Wohnortes, aber kaum einer möchte Betriebe und Unternehmen in seinem Wohnumfeld.

Eine Veränderung beim Fahrzeugverkehr und bei der Energiegewinnung sind sinnvoll und wichtig, nur sollte man nicht dem Irrtum erliegen, dass es nur **eine** zielführende Technik oder **eine** Lösung für alle Probleme gibt.

Auch wir sind der Meinung, dass Pirmasens attraktiver für Fahrradfahrer werden muss. Gleichzeitig sind wir uns aber auch bewusst, dass die zahlreichen Einpendler aus den umliegenden Dörfern nicht alle mit dem Fahrrad zur Arbeit kommen können, sondern weiterhin auf das Auto angewiesen sein werden.

Nicht jede junge Mutter kann wahrscheinlich mit dem Rad zur Arbeit fahren, dabei ihre beiden Kinder beim Kindergarten absetzen, um am Nachmittag, nachdem sie ihre Einkäufe erledigt hat, mit Lebensmitteln und Kindern auf dem Fahrrad glücklich lächelnd wieder nach Hause zu fahren.

Auch sehe ich nicht für jeden Bewohner eines Mehrfamilienhauses in der Stadtmitte die Möglichkeit sein E-Automobil über Nacht aufzuladen. Davon abgesehen, dass wir diesen Bedarf dann eher nicht über regenerative Stromerzeugung abdecken könnten.

Wichtig ist es unserer Meinung nach, jede vorhandene und zukünftige Technik so effizient und umweltverträglich wie möglich, genau dort einzusetzen wo es sinnvoll und machbar ist.

So erreicht man eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung und somit eine schnelle und dauerhafte Umsetzung mit Vorteilen für die Menschen und die Umwelt.

Ganz viel in dem Bereich Ökologie und Erhalt unserer Umwelt geschieht, ziemlich still und leise, aber nicht weniger erfolgreich, bei allen Bau-, Sanierungs- und Renovierungsprojekten in unserer Stadt.

Wir unterstützen dies ausdrücklich und bedanken uns bei Herrn Bürgermeister Maas für seine innovativen Impulse die er bereits in den Bereichen Kläranlagen, Energiepark, Kanalsanierungen, Straßenerneuerungen, der Erneuerung von Straßenbeleuchtung, Stadtbegrünung und der energetischen Ertüchtigung von städtischen Gebäuden gesetzt hat.

Ich habe gehört, dass die jungen Leute, die in Pirmasens an der Aktion "Fridays for Future" teilgenommen haben, erstaunt waren, was man alles für seine Umwelt machen kann, und was vor allem in Pirmasens davon schon umgesetzt wird.

Ich habe hier nur einen sehr kleinen Teil der Aktivitäten herausgegriffen um aufzuzeigen, wie innovativ, aufgeschlossen, ideenreich und geschickt von unserer Verwaltung und den verantwortlichen Dezernenten für das Wohl unserer Stadt gearbeitet wird.

Weitere Beispiele gibt es in allen Bereichen.

Sie alle aufzuzählen würde Ihre Geduld mit Sicherheit überstrapazieren, deshalb verzichte ich darauf.

Der Freie Wählerblock begleitet und unterstützt diese Arbeit, weil wir überzeugt sind, dass es gut für Pirmasens ist, wie und in welche Richtung hier gearbeitet wird.

Auf alle möglichen Zahlen einzugehen habe ich bewusst vermieden, Sie alle können sie nachlesen und jeder wird sie auf seine Art interpretieren.

Wichtig, weil oft mühsam aber richtig und zielführend ist es, **für** etwas einzutreten und auch vor scheinbar unüberwindbaren Hindernissen nicht zu resignieren, sondern beharrlich an der Umsetzung seiner Ideen zu arbeiten.

Diese sehr positive Eigenschaft erkennen und unterstützen wir seit Jahren in der vorangegangenen und jetzigen Regierungskoalition.

Es wird immer auch andere Lösungen für Probleme geben, immer Menschen, die hinterher immer wissen wie etwas besser hätte gemacht werden können und auch immer mehr Menschen die **gegen** etwas sind, als Menschen die sich mit Energie und Einsatz **für** etwas engagieren, aber das ist Teil unserer Demokratie, der meiner Meinung nach immer noch besten Form des Zusammenlebens in einem Land.

Ich danke Ihnen herzlich, dass Sie mir zugehört haben, und wünsche Ihnen sehr geehrte Ratskolleg*innen, dass Sie auch weiterhin interessiert und informiert an der positiven Entwicklung unserer Stadt mitarbeiten.

Wir vom Freien Wähler Block Pirmasens werden dem vorgelegten Haushaltsplan zustimmen.

Herzlichen Dank!"

zu 2.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplan

Zunächst beschließt der Stadtrat bei 3 Gegenstimmen mehrheitlich die 2. Alternative (Haushaltssatzung 2022 mit Haushaltsplan und seinen Anlagen) zur Abstimmung zu stellen.

Sodann leitet der Vorsitzende zur Abstimmung über den Haushalt 2022 über.

Der Stadtrat beschließt mit 25 Ja- gegen 17 Nein-Stimmen mehrheitlich die Annahme der Haushaltssatzung 2022 sowie des Haushaltsplans mit seinen Anlagen (siehe Anlage 4 zur Niederschrift).

zu 2.2 Forstwirtschaftsplan 2022

Der Vorsitzende teilt mit, der Forstwirtschaftsplan 2022 sei bereits in der Hauptausschusssitzung am 31.01.2022 einstimmig beraten worden.

Sodann beschließt der Stadtrat einstimmig:

Der Forstwirtschaftsplan 2022 wird mit folgenden Ergebnissen festgestellt:

Voranschlag der Erträge und Aufwendungen:

Erträge	122.280 €
Aufwendungen	<u>121.310 €</u>
Überschuss	970 €

zu 2.3 **Wirtschaftsplan des Abwasserbeseitigungsbetriebs mit Finanzplan und Investitionsprogramm**

Der Vorsitzende teilt mit, der Wirtschaftsplan des Abwasserbeseitigungsbetriebs mit Finanzplan und Investitionsprogramm sei bereits in der Hauptausschusssitzung am 06.12.2021 einstimmig beraten worden.

Sodann beschließt der Stadtrat einstimmig:

1. Wirtschaftsplan 2022

Der Wirtschaftsplan des Abwasserbeseitigungsbetriebes wird wie folgt festgesetzt:

1.1 Erfolgsplan

Erträge	10.071.000 Euro
Aufwendungen	10.041.000 Euro
Gewinn	30.000 Euro

Der Gewinn ist auf neue Rechnung vorzutragen.

1.2 Vermögensplan

Mittelbedarf und Finanzierungsmittel je	12.524.000 Euro
---	------------------------

1.3 Stellenübersicht mit insgesamt	27,18 Stellen
---------------------------------------	----------------------

2. Finanzplan 2021 bis 2025

Der Finanzplan für die Jahre 2021 bis 2025

wird auf	46.826.000 Euro
festgesetzt.	

3. Investitionsprogramm 2021 bis 2025

Das Investitionsprogramm für die Jahre 2021

bis 2025 wird auf den Gesamtbetrag von	28.084.000 Euro
festgesetzt.	

4. Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite wird festgesetzt auf

6.070.500 Euro

5. Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird festgesetzt auf

6.583.000 Euro

Verpflichtungsermächtigungen, für die in den künftigen Haushaltsjahren voraussichtlich Investitions-

kredite aufgenommen werden müssen, beläuft sich auf

1.151.500 Euro

6. Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung

Der Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung wird festgesetzt auf

8.000.000 Euro

zu 2.4 Wirtschaftsplan des Wirtschafts- und Servicebetriebs (WSP); Teilbereich Abfallentsorgung mit Finanzplan und Investitionsprogramm

Der Vorsitzende teilt mit, der Wirtschaftsplan des Wirtschafts- und Servicebetriebs (WSP); Teilbereich Abfallentsorgung mit Finanzplan und Investitionen sei bereits in der Werkausschusssitzung am 06.12.2021 einstimmig beraten worden.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. Wirtschaftsplan 2022

Der Wirtschaftsplan des Wirtschafts- und Servicebetriebes (WSP); Teilbereich Abfallentsorgung wird wie folgt festgesetzt:

1.1 Erfolgsplan

Erträge	5.628.000 Euro
Aufwendungen	5.713.000 Euro
Verlust	85.000 Euro

1.2 Vermögensplan

Mittelbedarf und Finanzierungsmittel je	168.000 Euro
---	---------------------

1.3 Stellenübersicht mit insgesamt	25,54 Stellen
---------------------------------------	----------------------

2. Finanzplan 2021 bis 2025

Der Finanzplan für die Jahre 2021 bis 2025

wird auf **168.000 Euro**

festgesetzt.

3. Investitionsprogramm 2021 bis 2025

Das Investitionsprogramm für die Jahre 2021

bis 2025 wird auf den Gesamtbetrag von **215.000 Euro**

festgesetzt.

4. Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite wird festgesetzt auf **0 Euro**

5. Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird festgesetzt auf **0 Euro**

Verpflichtungsermächtigungen, für die in den künftigen Haushaltsjahren voraussichtlich Investitionskredite aufgenommen werden müssen, beläuft sich auf **0 Euro**

6. Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung

Der Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung wird festgesetzt auf **5.000.000 Euro**

zu 2.5 Wirtschaftsplan des Wirtschafts- und Servicebetriebs (WSP), ohne Teilbereich Abfallentsorgung mit Finanzplan

Der Vorsitzende teilt mit, der Wirtschaftsplan des Wirtschafts- und Servicebetriebs (WSP); ohne Teilbereich Abfallentsorgung mit Finanzplan sei bereits in der Werkausschusssitzung am 06.12.2021 einstimmig beraten worden.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. Wirtschaftsplan 2022

Der Wirtschaftsplan des Wirtschafts- und Servicebetriebes (WSP); ohne Teilbereich Abfallentsorgung wird wie folgt festgesetzt:

1.1 Erfolgsplan

Erträge	9.903.450 Euro
Aufwendungen	9.903.450 Euro
Gewinn/Verlust	0 Euro

1.2 Vermögensplan

Mittelbedarf und Finanzierungsmittel je	690.000 Euro
---	---------------------

1.3 Stellenübersicht mit insgesamt	137,52 Stellen
------------------------------------	-----------------------

2. Finanzplan 2021 bis 2025

Der Finanzplan für die Jahre 2021 bis 2025 wird auf **3.350.000 Euro** festgesetzt.

3. Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite wird festgesetzt auf

280.000 Euro

4. Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird festgesetzt auf

470.000 Euro

Verpflichtungsermächtigungen, für die in den künftigen Haushaltsjahren voraussichtlich Investitionskredite aufgenommen werden müssen, beläuft sich auf

15.000 Euro

5. Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung

Der Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung wird festgesetzt auf

5.000.000 Euro

zu 3 Einführung Schulsozialarbeit an Gymnasien
Vorlage: 1396/I/50.2/2022

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Jugend- und Sozialamtes vom 04.02.2022.

Er fügt hinzu, bereits an anderen Schulen seien Schulsozialarbeiter eingesetzt worden und diese seien von dort nicht mehr wegzudenken. Ebenfalls wünschten sich die Gymnasien Schulsozialarbeiter.

Ratsmitglied Welker bittet bei der Einstellung zu beachten, dass keine sachgrundlose Befristung erfolge.

Der Vorsitzende teilt mit, die Information würde an das Personalamt weitergegeben.

Sodann beschließt der Stadtrat einstimmig:

Das Jugendamt und der Oberbürgermeister schlagen dem Stadtrat vor, einen Teil der Mittel aus dem Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ für die Einführung von Schulsozialarbeit an Gymnasien zu verwenden.

zu 4 Feststellung von Kostenvoranschlägen

zu 4.1 Ausbau der Glasbergstraße und der Darmstädter Straße

hier: Kostenvoranschlag (K2)
Vorlage: 1361/II/66.2/2021

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Tiefbauamtes vom 01.12.2021.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. Die Finanzierung erfolgt über Maßnahmen Nr. 5416080067
2. Die Durchführung der Maßnahme wird nach der vorliegenden Planung des Ing.-Büro Grunhofer genehmigt und der Kostenvoranschlag (K2) mit Ergänzungen des Tiefbauamtes auf insgesamt

700.000,- € brutto festgestellt.

3. Die Finanzierung der Maßnahme ist entsprechend dem Baufortschritt vorzunehmen. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, bei Bedarf die Mittel freizugeben.

zu 4.2 Ausbau „Strobelallee zwischen Luisenstraße und Gefäller Weg“
Vorlage: 1369/II/66.2/2021

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Tiefbauamtes vom 07.12.2021.

Er fügt hinzu, der Ausbau solle im März beginnen und bis Ende des Jahres fertiggestellt sein.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. Der Ausbau der Strobelallee zwischen Luisenstraße und Gefäller Weg erfolgt im Rahmen des Straßenausbauprogramms 2021 – 2025 für die Abrechnungseinheit „Stadtgebiet im Übrigen“. Die Finanzierung erfolgt über wiederkehrende Beiträge für Verkehrsanlagen und wird über die Maßnahmen Nr. 5416080059, 5416080088 und 5416080099 abgerechnet.
2. Die Durchführung der Maßnahme wird nach der vorliegenden Planung des Ing.-Büros Grunhofer genehmigt und der Kostenvoranschlag mit Ergänzungen des Tiefbauamtes auf insgesamt

2.400.000,- € brutto festgestellt.

3. Die Finanzierung der Maßnahme ist entsprechend dem Baufortschritt vorzunehmen. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, bei Bedarf die Mittel freizugeben.

**zu 4.3 Umsetzung Paket 6 des Kanalsanierungskonzeptes (Horeb)
Feststellung des Kostenvoranschlages (Leistungsstand K3)
Vorlage: 1385/II/66.3/2022**

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Tiefbauamtes vom 20.01.2022.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Umsetzung des Paketes 6 des Kanalsanierungskonzeptes wird zugestimmt und der Kostenvoranschlag vom Januar 2022 für die Kanalsanierung in der Klosterstraße, Landgrafenstraße, Spitalstraße, Wagenstraße, Ottostraße, Lichtenbergstraße und der Vogesenstr. auf insgesamt

€ 1.582.000,00 brutto

festgestellt.

Die Verrechnung der Kosten erfolgt über den Wirtschaftsplan 2022 des Abwasserbeseitigungsbetriebes bei folgenden Auftragsnummern:

04210302430 für die Klosterstraße, 04210303220 für die Landgrafenstraße, 04210303250 für die Spitalstraße, 04210303260 für die Wagenstraße, 04210303310 für die Ottostraße, 04210303350 für die Lichtenbergstraße und 04210303360 für die Vogesenstraße.

Der Beschluss erfolgt vorbehaltlich der Zustimmung und Genehmigung des Wirtschaftsplans 2022 des Abwasserbeseitigungsbetriebes.

**zu 4.4 Neufeststellung des Kostenvoranschlages für den barrierefreien Umbau
von Bushaltestellen 2021/22
Vorlage: 1393/II/66.2/2022**

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Tiefbauamtes vom 02.02.2022.

Ratsmitglied Tilly fragt an, ob die Stadt mit Konsequenzen rechnen müsse, da die Frist bis zum 01.01.2022 nicht eingehalten worden sei.

Bürgermeister Maas teilt mit, nicht nur die Stadt Pirmasens, sondern auch andere Kommunen hätten die Frist nicht halten können.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der im Hauptausschuss am 05.07.2021 beschlossene KVA für die Bauarbeiten

zum barrierefreien Umbau von 18 Bushaltestellen in Höhe von:

500.000,- € brutto

wird um **250.000,- € brutto**

erhöht und auf insgesamt **750.000,- € brutto** festgestellt.

Die Verrechnung der Mehrkosten erfolgt auf die Investitions-Nr. 5411000023.

zu 5 Auftragsvergaben

**zu 5.1 Barrierefreier Umbau von Bushaltestellen 2021/22
Vorlage: 1394/II/66.2/2022**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Tiefbauamtes vom 02.02.2022.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Die Bauarbeiten zum barrierefreien Umbau von Bushaltestellen, werden der Firma

Peter Gross Infra GmbH, Pirmasens

gemäß dem überprüften Angebot vom 11.01.2022 mit einer Auftragssumme von

631.969,42 € brutto Gesamtsumme

übertragen.

Die Verrechnung erfolgt auf:

Barrierefreier Ausbau der ÖPNV-Haltestellen	Investitionsnr.	5411000023
---	-----------------	------------

**zu 5.2 72 Generalsanierung Landgraf-Ludwig-Realschule plus
- Los 19.4 - Schreinerarbeiten - Auftragsvergabe -
Vorlage: 1395/II/65/2022**

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Hochbauamtes vom 03.02.2022.

Der Stadtrat beschließt bei 2 Gegenstimmen mehrheitlich:

Der Auftrag für das - Los 19.4 Schreinerarbeiten- Klassenzimmer - wird an die **Firma Rott GmbH**, Ringstr. 63, 66957 Schweix, zum **Angebotspreis von 278.788,44 € brutto** vergeben.

Verrechnung: Produkt Nr. 2160000002

**zu 6 Vollzug der Baugesetzbuchs (BauGB);
Bebauungsplan WZ 130 „Gewerbegebiet Kirchenweg – Erweiterung 1“**

- 1. Beschluss über die Ergebnisse der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB**
 - 2. Beschluss über die Ergebnisse der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentl. Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB**
 - 3. Feststellung der Ergebnisse der Beteiligung der Nachbargemeinden gem. § 2 Abs. 2 BauGB**
 - 4. Feststellung der Ergebnisse der Beteiligung der Naturschutzverbände gem. § 18 i.V.m. § 63 BNatSchG**
 - 5. Beschluss der Satzung über die Aufhebung von Wirtschaftswegen in der Gemarkung Winzeln gem. § 58 Abs. 4 FlurbG**
 - 6. Beschluss des Bebauungsplans WZ 130 „Gewerbegebiet Kirchenweg – Erweiterung 1“ gem. § 10 Abs. 1 BauGB (Satzungsbeschluss)**
- Vorlage: 1381/II/61/2022**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Stadtplanung vom 10.01.2022.

Er teilt mit, wie bereits in der Hauptausschusssitzung am 31.01.2022, würden die Punkte 1-5 zusammen abgestimmt. Punkt 6 würde einzeln abgestimmt.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. Über die Ergebnisse der Beteiligung der Öffentlichkeit an der Aufstellung des Bebauungsplans WZ 130 „Gewerbegebiet Kirchenweg – Erweiterung 1“ nach § 3 Abs. 2 BauGB wird gemäß der Empfehlung der Verwaltung entschieden (*Anlage 2b*).
2. Über die Ergebnisse der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB wird gemäß der Empfehlung der Verwaltung entschieden (*Anlage 2c*).
3. Es wird festgestellt, dass bei der Beteiligung der Nachbargemeinden nach § 2 Abs. 2 BauGB keine Sachverhalte vorgebracht wurden, über die zu entscheiden wäre (*Anlage 2d*).
4. Es wird festgestellt, dass bei der Beteiligung der Naturschutzverbände nach § 18 i.V.m. § 63 BNatSchG keine Sachverhalte vorgebracht wurden, über die zu entscheiden wäre (*Anlage 2e*).
5. Die als *Anlage 5* beigefügte Satzung über die Aufhebung von Wirtschaftswegen in der Gemarkung Winzeln nach § 58 Abs. 4 Flurbereinigungsgesetz (FlurbG) wird beschlossen.

Der Stadtrat beschließt bei 5 Gegenstimmen, mehrheitlich:

6. Der Bebauungsplan WZ 130 „Gewerbegebiet Kirchenweg – Erweiterung 1“ bestehend aus Planzeichnung, Textlichen Festsetzungen und Begründung mit Umweltbericht (*Anlagen 3a, 3b, und 3c*) wird in der dieser Beschlussvorlage zugrundeliegenden Fassung als Satzung beschlossen.

Die im Rahmen des bisherigen Verfahrens bereits getroffenen Abwägungsentscheidungen werden sich dabei ausdrücklich nochmals zu eigen und zum Bestandteil der Satzungsentscheidung gemacht.

**zu 7 Nahverkehrsgesetz Rheinland-Pfalz - Neue Verbandsordnung Zweckverband öffentlicher Personennahverkehr Rheinland-Pfalz Süd
Vorlage: 1373/I/61/2021**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Stadtplanung vom 30.12.2021.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Stadtrat der Stadt Pirmasens stimmt der neuen Entwurfsfassung der Verbandsordnung des ZÖPNV Rheinland-Pfalz Süd zu und beschließt somit deren inhaltliche Umsetzung.

zu 8 Vollzug des § 88 Abs. 1 GemO; Weisung an den Vertreter der Stadt Pirmasens in der Gesellschafterversammlung der

zu 8.1 Bauhilfe Pirmasens GmbH

zu 8.1.1 Wirtschaftsplan 2022

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Bauhilfe vom 11.01.2022.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Bauhilfe Pirmasens GmbH erhält Weisung wie folgt zu votieren:

Der Wirtschaftsplan der Bauhilfe Pirmasens GmbH für das Geschäftsjahr 2022 wird im Erfolgsplan mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 811.000,00 €, der durch die Gewinnvorträge aus den Vorjahren ausgeglichen wird, und im Vermögensplan mit den Endsummen von jeweils 5.873.000,00 € festgestellt.

Der Stellenübersicht mit 32 Stellen zuzüglich der auf 450,00 € - Basis Beschäftigten wird zugestimmt.

Der Finanzplanung 2022 bis 2026 mit einem Gesamtvolumen von 22.981.000,00 € wird zugestimmt.

zu 8.1.2 Kreditermächtigung 2022

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Bauhilfe vom 11.01.2022.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Bauhilfe Pirmasens GmbH erhält Weisung wie folgt zu votieren: Der Geschäftsführer wird ermächtigt, das folgende Darlehenskongingent für das Geschäftsjahr 2022 zu dem jeweils günstigsten Zeitpunkt und zu den bestmöglichen Kapitalmarktbedingungen aufzunehmen, zu prolongieren bzw. umzuschulden. Der Geschäftsführer wird weiterhin ermächtigt, die für die Fremdmittelaufnahme erforderlichen Sicherheiten (Bürgschaften und dinglichen Sicherheiten an den betreffenden Objekten) zu bestellen.

Gemäß dem Finanzplan 2022/2023 und unter Berücksichtigung der Liquiditätsrechnung

Fremdmittelaufnahme	8.250.000,00 €
---------------------	----------------

(Darin enthalten ist bereits der Fremdmittelanteil für den Investitionsteil 2023 Maßnahme An der Ziegelhütte, Anteil Maßnahme Anton-Bruckner-Straße sowie Neubau Horebstr. 80/82)

zu 8.2 Zweckverband Abfallverwertung Südwestpfalz; Auflösung des Zweckverbandes
Vorlage: 1371/I/10.1/2021

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 08.12.2021.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt Pirmasens in der Verbandsversammlung des Zweckverbands Abfallverwertung Südwestpfalz (ZAS) erhalten die Weisung, in der Verbandsversammlung wie folgt zu votieren:

Der Zweckverband Abfallverwertung Südwestpfalz (ZAS) soll zum 31.12.2023 aufgelöst, die zugrundeliegende Verbandsordnung aufgehoben werden und die Aufgaben des Zweckverbandes wieder auf die Verbandsmitglieder zurückfallen.

zu 9 Unterrichtung des Stadtrates über Verträge der Stadt Pirmasens mit Rats- und Ausschussmitgliedern sowie städtischen Bediensteten nach § 33 Abs. 2 GemO
Vorlage: 0057//10.1/2022

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 27.01.2022.

Der Stadtrat nimmt zustimmend Kenntnis.

zu 10 **Nachwahlen**

Der Vorsitzende zeigt auf, das Stimmrecht des Vorsitzenden ruhe bei Wahlen, hindere ihn aber nicht den Vorsitz zu führen.

Sodann erklärt der Vorsitzende das Wahlverfahren: Gewählt sei, wer mehr als die Hälfte der Stimmen erhalte; Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen zählen bei der Feststellung der Stimmenmehrheit nicht mit.

Würde die Mehrheit verfehlt, würde eine Wiederholung mit dem gleichen Kandidaten erfolgen. Sollte die Mehrheit erneut verfehlt werden, seien die Kandidaten endgültig abgelehnt.

Danach könnten Vorschläge für ein neues Wahlverfahren eingereicht werden; die in den beiden Wahlgängen „durchgefallene“ Person könne dabei wieder vorgeschlagen werden.

Zunächst müsste ein Grundsatzbeschluss bezüglich der offenen Abstimmung gefasst werden. Eine technische Besonderheit sei die namentliche Abstimmung, denn dies sei nicht zu vermeiden.

Hierüber beschließt der Stadtrat bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen, mehrheitlich.

zu 10.1 **Nachwahl für den Hauptausschuss und den Werkausschuss des Wirtschafts- und Servicebetriebs (WSP)** **Vorlage: 1392//10.1/2022**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 02.02.2022.

Der Stadtrat beschließt bei einer Gegenstimme und 9 Enthaltungen, mehrheitlich:

Seitens der FWB-Stadtratsfraktion wird als Nachfolger für das Ratsmitglied Stefan Sefrin

Ratsmitglied Jürgen Stilgenbauer

vorgeschlagen.

Der Stadtrat beschließt einstimmig, hierüber offen abzustimmen.

Er wählt den Vorgeschlagenen als Mitglied in den Hauptausschuss und den Werkausschuss des Wirtschafts- und Servicebetrieb (WSP).

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

zu 10.2 Nachwahl für den Kulturausschuss
Vorlage: 1368/II/10.1/2021

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 03.12.2021.

Der Stadtrat lehnt bei 15 Gegenstimmen und 16 Enthaltungen die für den Kulturausschuss zur Nachwahl vorgeschlagenen Kandidaten ab. (Namentliche Abstimmung siehe Anlage 5 zur Niederschrift)

Ratsmitglied Weber teilt mit, mit dieser Abstimmung hätte die Stadtratsfraktion AfD nicht gerechnet. Er beantragt gemäß §28 Abs. 7 GeschO die namentliche Abstimmung.

Sodann wiederholt der Vorsitzende den Wahlvorgang.

Der Stadtrat lehnt bei 15 Gegenstimmen und 19 Enthaltungen, mehrheitlich die FÜR DEN Kulturausschuss zur Nachwahl vorgeschlagenen Kandidaten ab. (Namentliche Abstimmung siehe Anlage 6 zur Niederschrift).

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

Ratsmitglied Weber teilt mit, auch mit dieser Abstimmung habe die Stadtratsfraktion AfD nicht gerechnet. Er beantragt die Absetzung dieses Tagesordnungspunktes.

Der Vorsitzende zeigt auf, hierfür benötige es eine 2/3 Mehrheit durch den Stadtrat.

Sodann beschließt der Stadtrat bei 5 Enthaltungen, einstimmig die Absetzung des Tagesordnungspunktes 10.2.

zu 10.3 Nachwahl für die Aufsichtsräte der "Der Rheinberger" Besitzgesellschaft mbH & Co. KG und "Der Rheinberger" Verwaltungs GmbH
Vorlage: 1367/II/10.1/2021

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 03.12.2021.

Der Stadtrat lehnt bei 14 Gegenstimmen und 18 Enthaltungen die für die Aufsichtsräte der "Der Rheinberger" Besitzgesellschaft mbH & Co. KG und der "Der Rheinberger" Verwaltungs GmbH zur Nachwahl vorgeschlagenen Kandidaten ab. (Namentliche Abstimmung siehe Anlage 7 zur Niederschrift).

Ratsmitglied Weber teilt mit, mit dieser Abstimmung habe die Stadtratsfraktion AfD nicht gerechnet. Er beantragt gemäß §28 Abs. 7 GeschO die namentliche Abstimmung.

Sodann wiederholt der Vorsitzende den Wahlvorgang.

Der Stadtrat lehnt bei 15 Gegenstimmen und 18 Enthaltungen, mehrheitlich die zur Nachwahl für die Aufsichtsräte der "Der Rheinberger" Besitzgesellschaft mbH & Co. KG und der "Der Rheinberger" Verwaltungs GmbH vorgeschlagenen Kandidaten ab. (Namentliche Abstimmung siehe Anlage 8 zur Niederschrift).

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

Ratsmitglied Weber teilt mit, auch mit dieser Abstimmung habe die Stadtratsfraktion AfD nicht gerechnet. Er beantragt auch hier die Absetzung dieses Tagesordnungspunktes.

Sodann beschließt der Stadtrat bei 3 Enthaltungen, einstimmig die Absetzung des Tagesordnungspunktes 10.3.

zu 10.4 Nachwahl für das Verleihungspräsidium für den Hugo-Ball-Preis der Stadt Pirmasens
Vorlage: 1366/I/10.1/2021

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 03.12.2021.

Der Stadtrat lehnt bei 14 Gegenstimmen und 20 Enthaltungen die für das Verleihungspräsidium des Hugo-Ball-Preises der Stadt Pirmasens zur Nachwahl vorgeschlagenen Kandidaten ab. (Namentliche Abstimmung siehe Anlage 9 zur Niederschrift).

Ratsmitglied Weber teilt mit, mit dieser Abstimmung habe die Stadtratsfraktion AfD nicht gerechnet. Er beantragt gemäß §28 Abs. 7 GeschO die namentliche Abstimmung.

Sodann wiederholt der Vorsitzende den Wahlvorgang.

Der Stadtrat lehnt bei 14 Gegenstimmen und 17 Enthaltungen, mehrheitlich die zur Nachwahl für das Verleihungspräsidium des Hugo-Ball-Preises der Stadt Pirmasens vorgeschlagenen Kandidaten ab. (Namentliche Abstimmung siehe Anlage 10 zur Niederschrift).

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

Ratsmitglied Weber teilt mit, auch mit dieser Abstimmung hätte die Stadtratsfraktion AfD nicht gerechnet. Er beantragt auch hier die Absetzung dieses Tagesordnungspunktes.

Sodann beschließt der Stadtrat bei 3 Enthaltungen, einstimmig die Absetzung des Tagesordnungspunktes 10.4.

zu 11 Beantwortung von Anfragen, Informationen, Anfragen der Ratsmitglieder

zu 11.1 Beantwortung von Anfragen

Der Vorsitzende teilt mit, die Beantwortungen der Anfragen würden im Nachgang zur Sitzung hochgeladen.

zu 11.1.1 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion vom 12.09.2021 bzgl. "Fragenkatalog Fußgängerzone"

Siehe Anlage 11 zur Niederschrift

zu 11.1.2 Anfrage von Ratsmitglied Schwarz vom 04.10.2021 bzgl. „Parkausweise in Parkraumbewirtschaftungszonen“

Siehe Anlage 12 zur Niederschrift

zu 11.1.3 Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion vom 13.12.2021 bzgl. „Sirenen (2)“

Siehe Anlage 13 zur Niederschrift

zu 11.1.4 Anfrage von Ratsmitglied Deny vom 15.11.2021 bzgl. „Müllablagerungen in der Waisenhausstraße“

Der Vorsitzende teilt mit, die Verwaltung hätte Kontakt zu dem Grundstückeigentümer (MK Hausgrundbesitz Saar GmbH, Geschäftsführer Herr Dr. Matthias Kauffmann) aufgenommen. Dieser hätte die Bereitschaft erklärt, die vorhandenen Müllablagerungen zeitnah zu entfernen.

zu 11.2 Informationen

zu 11.2.1 Digitale Sitzungen bis Ostern

Der Vorsitzende teilt mit, aufgrund der derzeitigen Lage der Corona-Pandemie sei geplant, die Sitzungen bis Ostern in digitaler Form durchzuführen.

Der Stadtrat nimmt zustimmend Kenntnis.

zu 11.3 Anfragen der Ratsmitglieder

zu 11.3.1 Anfrage Ratsmitglied Dreifus vom 14.02.2022 bzgl. "Stopp der KfW-Förderung und dessen Auswirkungen auf städtische Bauprojekte"

Der Vorsitzende teilt mit, im Vorfeld zur Sitzung habe Ratsmitglied Dr. Dreifus eine Anfrage bzgl. "Stopp der KfW-Förderung und dessen Auswirkungen auf städtische Bauprojekte" gestellt. Da Herr Dr. Dreifuß die Sitzung frühzeitig verlassen musste fragt er an, ob ein anderes Mitglied der Stadtratsfraktion CDU die Anfrage vortragen möchte oder die Anfrage in die nächste Stadtratssitzung verschoben werden soll.

Ratsmitglied Eyrisch teilt mit, sie würde die Anfrage stellvertretend für Ratsmitglied vorstellen. Sodann stellt sie die Anfrage vor:

"Bezüglich dem abrupten Stopp der KfW-Förderung für energieeffiziente Neubauten können wir dem Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck nur zustimmen, dass ihm hier nach eigener Aussage "kein politisches Glanzstück" gelungen ist. Zwar wurde nach massiven Protesten gegen den plötzlichen Stopp, insbesondere des Programms Effizienzhaus 40 sowie der Förderung von energetischer Sanierung bestehender Bauten, mittlerweile mit einem Kompromiss eingelenkt. Dennoch veranlasst die Ausgestaltung dieses Kompromisses zur Annahmen, dass negative Auswirkungen auf Bauprojekte nach sich ziehen wird. In diesem Zusammenhang bitten wir die Verwaltung um Stellungnahme, ob und in welcher Form die Finanzierung bereits laufender bzw. geplanter städtischer Bauprojekte durch die aktuellen Förderregelungen negativ betroffen ist?"

Der Vorsitzende zeigt auf, die Stadtverwaltung sei hiervon nicht betroffen, denn die städtischen Förderungen würden aus anderen Fördertöpfen finanziert. Allerdings sei die Bauhilfe betroffen, hierzu würde Beigeordneter Clauer informieren.

Beigeordneter Clauer zeigt auf, die Bauhilfe sei vom Stopp der KfW-Förderung betroffen, denn KfW-Mittel seien vorgesehen gewesen. Viele Projekte stünden nun vor dem Aus beziehungsweise müssten aufgeschoben werden. Unsicher sei zum jetzigen Zeitpunkt, wie es mit den Projekten weitergehen sollte.

Ratsmitglied Hussong bittet um eine ausführliche Stellungnahme der Bauhilfe.

Beigeordneter Clauer sagt dies zu.

Nachdem keine weiteren Anfragen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 19.25 Uhr.

Pirmasens, den 12. April 2022

gez. Markus Zwick
Vorsitzender

gez. Anne Vieth
Protokollführung